JUNG+LIBERAL

Das **MITGLIEDERMAGAZIN** der Jungen Liberalen

Ein neues Kapitel beginnt

Ausgabe **04/2025** | F 54017 | ISSN 1860-5648 | www.julis.de

PASCAL SCHEJNOHA (29)
ist Chefredakteur der jung+liberal und stellvertretender Bundesvorsitzender. Du erreichst ihn unter **schejnoha@julis.de**.

Liebe Julis,

so schnell kann ein Jahr vergehen: Es ist Dezember und wir nähern uns mit schnellen Schritten den Festtagen. Mit 2025 endet ein Jahr, das wir am liebsten gerne verdrängen würden: Das Ausscheiden aus dem Bundestag war die größte Niederlage, die wir als Junge Liberale und Freie Demokraten in diesem Jahr verkraften mussten. Es ist noch völlig offen, wie die Zukunft des organisierten Liberalismus in Deutschland aussehen wird. Und diese Perspektivlosigkeit eröffnet Räume – Räume für Polarisierung, Flügelkämpfe und Radikalität um jeden Preis. Gleichzeitig wird dabei ein Raum immer kleiner – der Diskursraum.

Wenn es uns nicht mehr gelingt, einander zuzuhören und Argumente auszutauschen; wenn wir darauf gepolt sind, einander bewusst oder unbewusst missverstehen zu wollen, um am Ende die moralische Überlegenheit zu behalten, dann verkümmern gesellschaftlicher Zusammenhalt und der reale Wert der Meinungsfreiheit. Auch wir können uns von diesem Phänomen nicht freimachen; darum ist meine Challenge an euch: Wenn ihr bei der nächsten Stammtisch-Diskussion dabei seid, hinterfragt euch, ob ihr tatsächlich bereit seid, andere Meinungen anzuhören und sie zu respektieren. Und das Wichtigste: Seid lieb zueinander und seid kein Arschloch (so generell).

So wie jeder Einzelne von euch in der Debattenkultur einen Unterschied machen kann, so kann jeder von uns dazu beitragen, dass wir im nächsten Jahr bei den Landtagswahlen das Signal der Trendwende einleiten – ein „Wir haben verstanden"-Signal. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz machen den Anfang, seid also bei den Touren und Get-out-the-Vote-Wochenenden unbedingt dabei! Und wenn ihr noch unsicher seid – stellt euch das Gefühl vor, 2029 beim Wiedereinzug der FDP in den Bundestag behaupten zu können: „2025 lagen wir noch am Boden, aber ich war dabei, als die JuLis der FDP neues Leben eingehaucht haben" – wer bereits 2013 dabei war, wird euch sicher bestätigen können – das lohnt sich ;)

Diese Ausgabe der „jung+liberal" ist in vielerlei Hinsicht besonders – denn sie ist bis auf Weiteres die letzte Ausgabe dieses Magazins. Als Bundesvorstand haben wir über die Zukunft der J+L sehr intensiv diskutiert und sind auf unserer Klausurtagung letztendlich zu dem Entschluss gekommen, das Magazin in seiner jetzigen Form zum Jahresende einzustellen und unsere knappen Ressourcen auf andere Projekte zu konzentrieren, die zu einer Erneuerung der Jungen Liberalen beitragen. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, euch weiterhin einen Raum für Diskurs und neue Perspektiven anbieten zu können, hierzu mehr auf Seite 5.

Ich möchte abschließend an dieser Stelle mehrmals DANKE sagen: An alle Autorinnen und Autoren, die sich an dieser und allen anderen Ausgaben zuvor mit ihren großartigen Beiträgen und Artikeln beteiligt haben. An alle Chefredakteurinnen und Chefredakteure, die dieses Magazin in all den Jahren inhaltlich begleitet und organisiert haben. An alle

Sponsoren, die uns bei der Realisierung dieses Magazins finanziell unterstützt haben. An alle Layouter und Grafiker, die der J+L einen professionellen Look gegeben haben. Und natürlich an euch: Danke für euer Interesse, euer Feedback und das treue Lesen unseres Mitgliedermagazins.

Viel Spaß beim Lesen und auf bald!

Euer Pascal

Seite 8
DENNIS SCHAD:
Europas demographisches Dilemma

Seite 10
LILLY BERGEMANN:
Wie die Manosphäre Männer radikalisiert

Seite 12
HANNES GRABIA:
Grünes Wirtschaftswunder

Seite 14
PASCAL TEUKE:
Über die Rente. Und Malte

Seite 16
SARA-JANE ZAGORAC:
Ein Blick in den Iran

Seite 18
CARL GRUNER:
Russlands Vorstoß in den Globalen Süden

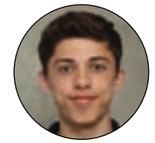
Seite 20
AMIR BENJAMIN BALDE:
Die letzte Erfindung der Menschheit?

Seite 22
ANDREY BELKIN:
Der Gender War in Südkorea

Seite 24
LUAN BAHTIJARI:
Wie unsere Freiheit stirbt.

Seite 26
MAXIMILIAN GERECHT UND JULIAN SCHUSTER:
Junge Stimmen für frischen Wind

Seite 30
LEON REIMUND:
Neuausrichtung in der programmatischenArbeit



Seite 31
JAMIE HASSELBERG:
Steuern sind Raub!

Seite 34
SÖREN HENSCHEL:
Der letzte Republikaner

Seite 3 Editorial

Seite 5 J+L Nachfolgekonzept

Seite 8 Neuer BuVo

Seite 28 Liberal Women Summit 2025

Seite 33 Reisebericht: Peru

FREIRAUM

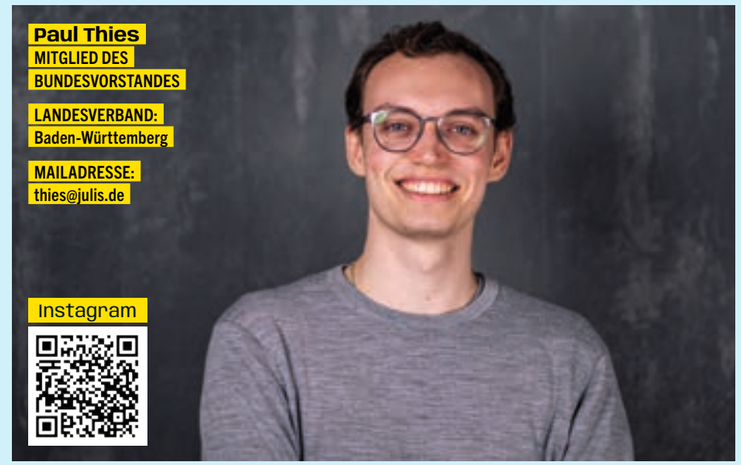
Das neue **Blogformat** der Jungen Liberalen

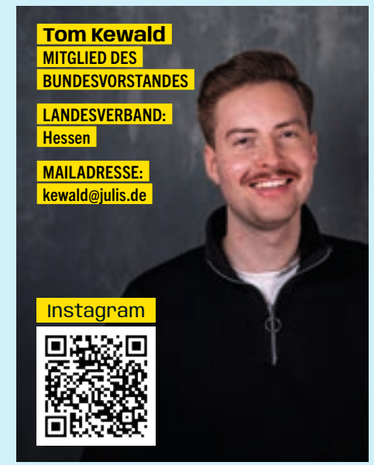
In Zeiten, in denen der öffentliche Diskurs immer rauer wird, braucht es einen Raum, in dem wir über unsere liberalen Perspektiven auf die Welt sprechen können. Neben dem öffentlichen Raum und Social Media wollen wir als Bundesvorstand nach der Ära unseres Mitgliedermagazins weiterhin ein Angebot machen, eigene Meinungsbeiträge, Artikel und Berichte für unsere Mitglieder und darüber hinaus zu veröffentlichen.

Der Freiraum-Blog geht ab Januar 2026 an den Start – dort erscheinen regelmäßig neue Artikel, die wir in unserer Instagram Community und in unseren Newslettern bewerben werden. Jedes Mitglied kann mitmachen und einen Beitrag für den Blog schreiben und beim Bundesvorstand einreichen. Prinzipiell ist alles erlaubt: Sei jung, sei frech, sei provokant – nur niemals langweilig. Die Leser des Blogs haben an lebendigen Meinungsartikeln mehr Spaß als an hochwissenschaftlichen Beiträgen. Dennoch sollte dein Artikel natürlich faktenbasiert sein und eine gewisse Relevanz haben. Auf zu viele Anglizismen, Fach- und Fremdwörter sollte verzichtet und auf eine korrekte Rechtschreibung und Zeichensetzung geachtet werden. Du hast Lust, dich mit einem eigenen Artikel am Freiraum-Blog zu beteiligen? Dann bewirb dich schon jetzt mit deiner konkreten Idee und schreibe unserem Pressesprecher Pascal eine E-Mail an schejnoha@julis.de. Wir freuen uns auf deinen Artikel!

Dein neuer Bundesvorstand

Zurück auf Los: Auf dem 71. Bundeskongress in Esslingen haben die Delegierten einen neuen Bundesvorstand gewählt. Gemeinsam mit euch arbeiten wir in der APO am Comeback 2029 für die FDP. Du hast Fragen, Wünsche oder Anregungen? Dann schreibe uns gerne jederzeit eine E-Mail oder slide in unsere DM's – hier stellen wir uns in aller Kürze vor:





Europas demographisches Dilemma

ZWISCHEN ALTERUNG UND MIGRATION

Europa steht an einem Wendepunkt. Sinkende Geburtenraten, eine rapide alternde Bevölkerung und ein schrumpfender Arbeitsmarkt bedrohen die wirtschaftliche Dynamik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Kontinents. Während immer weniger junge Menschen nachrücken, wächst der Druck auf Renten- und Gesundheitssysteme. Ganze Regionen entvölkern sich, Fachkräfte fehlen in Schlüsselbranchen, wie Handwerk oder Pflege. Die Frage, wie Produktivität und Wohlstand trotz weniger Erwerbstätiger gesichert werden können, wird zur zentralen politischen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte.

Zugleich bleibt Migration ein ambivalentes Thema. Einerseits ist sie eine der wenigen realistischen Antworten auf den Arbeitskräftemangel, insbesondere im Pflege- und Gesundheitssektor. Andererseits erschweren restriktive Integrationspolitiken und gesellschaftliche Ängste die erfolgreiche Eingliederung von Migrantinnen und Migranten. Wo Ausgrenzung dominiert, wachsen Misstrauen und Spannungen. Wo Integration gelingt, entstehen neue Impulse für Innovation, Unternehmertum und soziale Stabilität.

Doch auch jenseits der Migrationsfrage ist klar: Ein nachhaltiger demografischer Wandel braucht mehr als technokratische Lösungen. Es geht um eine Neuausrichtung europäischer Politik – von Familienförderung und Wohnraumpolitik über Bildung und Digitalisierung bis hin zu fairen Rentenreformen. Nur wenn Europa individuelle Freiheit mit gemeinsamer Verantwortung verbindet, kann der Kontinent seine wirtschaftliche Stärke, soziale Balance und globale Wettbewerbsfähigkeit bewahren.

Diesen Fragen widmet sich das Innovation Policy Lab des European Liberal Forum (ELF) unter der Schirmherrschaft von Jan-Christoph Oetjen. Ziel ist es, mit frischen, praxisnahen Ideen Lösungen für die zentralen Herausforderungen Europas zu entwickeln – vom Arbeitskräftemangel über die Entvölkerung ländlicher Regionen bis hin zur Zukunft der Altersvorsorge.

Ein Kernproblem bleibt der strukturelle Rückzug aus dem ländlichen Raum. Um diese Regionen wieder lebens- und arbeitswert zu machen, müssen bestehende Angebote gebündelt und attraktiver gestaltet werden. Ein Ansatz sind sogenannte Community Centers: multifunktionale Zentren, die Supermarkt, Arztpraxis, Verwaltung und soziale Treffpunkte unter einem Dach vereinen. Sie schaffen kurze Wege, senken Kosten und beleben das gesellschaftliche Leben.

Auch das Gesundheitssystem braucht neue Strukturen. Anstatt überall das gleiche Spektrum an Fachärzten vorzuhalten, sollen Competence Hubs geschaffen werden – spezialisierte Cluster, die komplexe Behandlungen bündeln und so Effizienz und Qualität steigern. Gleichzeitig müssen wohnortnahe Einrichtungen die Grundversorgung sichern. Modularer Bau ermöglicht dabei flexible Anpassungen an demografische Veränderungen: Wo heute ein Kindergarten steht, kann morgen eine Schule oder ein Gesundheitszentrum entstehen.

Mobilität ist ein weiterer Schlüsselfaktor für Teilhabe. Deutschland hat mit Rufbussen bereits funktionierende Modelle, die sich auch auf andere europäische Länder übertragen ließen. Sie verbinden abgelegene Orte kosteneffizient mit größeren Zentren und fördern damit soziale und wirtschaftliche Integration.

Dem wachsenden Risiko von Einsamkeit im Alter kann mit Mehrgenerationenhäusern begegnet werden, die Wohnen, Gemeinschaft und digitale Teilhabe kombinieren. Voraussetzung dafür ist der konsequente Ausbau schneller Internetverbindungen, um insbesondere im ländlichen Raum Remote Work zu ermöglichen und den Druck auf urbane Ballungsräume zu verringern.

Auch der Arbeitsmarkt selbst braucht neue Flexibilität. Unternehmen müssen ältere Beschäftigte länger halten und ihr Wissen nutzen können. Silver Teams, erfahrene Fachkräfte in Teilzeit und beratender Funktion, können die Brücke zwischen Generationen schlagen. Ein gleitender Renteneintritt anstelle eines abrupten Ausscheidens schafft dabei Anreize, länger aktiv zu bleiben, ohne die verdiente Rente zu gefährden.

Schließlich wird Migration ein unverzichtbarer Teil der Lösung bleiben. Ein zentraler Hebel, um Europas demografische Herausforderungen zu meistern, ist eine moderne, liberale Migrations- und Integrationspolitik. Studien zeigen deutlich: Migration ist kein Verlustgeschäft – sie steigert Innovation, Produktivität und Beschäftigung. Hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten tragen wesentlich zu Forschung und Unternehmertum bei, während Arbeitsmigration in geringer qualifizierten Berufen die Versorgung in Pflege, Bau und Landwirtschaft sichert. Damit wird Migration zu einem Motor für Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Laut dem Grand Challenges for Europe 2050 Report wird die EU bis 2050 Millionen Arbeitskräfte verlieren – ein Defizit, das weder durch höhere Geburtenraten noch längere Lebensarbeitszeiten allein geschlossen werden kann. Migration ist daher die einzige realistische Antwort auf den Arbeitskräftemangel. Besonders das Potenzial Afrikas mit seiner wachsenden, jungen Bevölkerung könnte in Zukunft eine strategische Partnerschaft begründen – wenn Europa legale Wege der Zuwanderung schafft, statt Mauern zu errichten.

Arbeitsmigration muss deshalb attraktiver und unbürokratischer werden – etwa durch vereinfachte Visa-Verfahren, klare, regelbasierte Wege der Einwanderung und eine frühzeitige Integration. Gleichzeitig gilt es, irreguläre Migration zu begrenzen und Integrationsstrukturen zu stärken, damit Zuwanderung gezielt zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen Europas beiträgt.

Integration kann erfolgreich gestaltet werden. Besonders wirksam sind Bildung, politische Teilhabe und der erleichterte Zugang zur Gesellschaft – sie korrelieren stark mit höherer Arbeitsmobilität und Beschäftigungserfolg. Ein weiteres Erfolgsrezept ist migrantisches Unternehmertum: Migranten, die eigene Unternehmen gründen, schaffen Arbeitsplätze – oft auch für Einheimische – und tragen überdurchschnittlich zur Steuer- und Sozialversicherung bei.

Doch die Realität zeigt, dass viele Migranten in Europa noch immer auf Hürden stoßen: lange Wartezeiten bis zur Arbeitserlaubnis, komplizierte Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder eingeschränkter Zugang zu Bankkonten und Krediten.

Ziel einer zukunftsfähigen Migrationspolitik muss es sein, legale Migration zu erleichtern, Integrationsangebote zu stärken und ein Umfeld zu schaffen, in dem Zugewanderte ihre Fähigkeiten entfalten können – im Interesse aller Generationen Europas. So wird aus Migration kein Krisenthema, sondern ein strategisches Werkzeug für Wohlstand, Innovation und soziale Stabilität.

Europa steht vor einem gravierenden demografischen Wandel mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung. Migration wird dabei zu einem entscheidenden Faktor, um Arbeitskräftemangel und wirtschaftlichen Stillstand zu verhindern. Eine moderne, liberale Migrations- und Integrationspolitik kann Innovation, Produktivität und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Zuwanderung ist die einzige realistische Antwort auf den zukünftigen Fachkräftemangel, insbesondere durch Partnerschaften mit afrikanischen Staaten und den Ausbau legaler Einwanderungswege.

Europa steht vor einer seiner größten Bewährungsproben seit Gründung der Europäischen Union. Der demografische Wandel ist unausweichlich – doch seine Folgen sind gestaltbar. Eine alternde Gesellschaft, Fachkräftemangel und regionale Ungleichgewichte müssen nicht zwangsläufig in wirtschaftlichen und sozialen Abstieg münden, wenn Europa den Mut zu tiefgreifenden Reformen aufbringt.

Der Schlüssel liegt in einem ganzheitlichen Ansatz: Familienfreundliche Politik, flexible Rentenmodelle, innovative Infrastrukturkonzepte und digitale Teilhabe müssen Hand in Hand gehen mit einer offenen, regelbasierten Migrationspolitik. Migration darf nicht als Belastung, sondern muss als Chance verstanden werden – als Motor für Innovation, Unternehmertum und kulturelle Vielfalt.

Nur wenn Integration gelingt und Zugewanderte ihre Potenziale frei entfalten können, wird Europa seine wirtschaftliche Stärke, seinen sozialen Zusammenhalt und seine globale Wettbewerbsfähigkeit bewahren. Der Kontinent steht an einem Wendepunkt – ob er altert oder aufblüht, hängt davon ab, ob er die Menschen, die zu ihm kommen, als Teil seiner Zukunft begreift.

TEXT: DENNIS SCHAD (27)
studiert Robotics & AI im Master an der TU München und ist LYMEC-Delegierter für die JuLis. Ihr erreicht ihn unter **dennis.schad@julis-muenchen.de**.

VON **OPFER-MYTHOS** ZUR **GEWALT**

Wie die Manosphäre **Männer radikalisiert**

Weltweit geraten Frauenrechte unter Druck. In den USA wurde das Recht auf Abtreibung gekippt, im Sudan sind Aktivistinnen Ziel staatlicher Gewalt, im Kongo werden Vergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt. Und selbst in Europa, wo man sich gern als moralisches Vorbild inszeniert, treten Länder wie Lettland aus der Istanbul-Konvention zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt aus – mit der Begründung, sie gefährde „traditionelle Werte".

Dieser globale Backlash ist kein Zufall, sondern das politische Echo einer wachsenden Bewegung, die sich im Netz formiert hat: der Manosphäre. Was dort als Männlichkeitsdiskussion beginnt, wird schnell zum Nährboden für Antifeminismus, Rassismus und Extremismus.

Was ist ein echter Mann?

"Echte Männer brauchen keine Gefühle - nur Muskeln, Macht und eine stabile Verschwörungstheorie" So oder so ähnlich könnte das Motto der Manosphäre lauten. Eine digitale Männerhöhle, in denen sich Typen treffen, die sich "Alphas", "Datingcoaches" oder "Incels" nennen. Ihre Mission? Den Untergang des Westens durch Feminismus verhindern. Ihr Mittel? Frauenhass mit WLAN- Anschluss.

Was nach Internet-Trash klingt, hat längst politische Relevanz. Wer glaubt, die misogynen Echokammern von 4chan. Reddit und Telegram seien nur harmlose Wurbürger-Treffpunkte, übersieht die Blutspur, die sie hinterlassen.

Die Verheißung der roten Pille

Der Begriff „Red Pill" stammt ursprünglich aus dem Film Matrix: Wer sie schluckt, erwacht in der Realität. In der Manosphäre steht sie sinnbildlich für das „Erkennen" angeblicher Wahrheiten über Geschlechterverhältnisse. Diese Wahrheit lautet: Männer seien die wahren Unterdrückten, Frauen manipulativ, der Staat „feministisch gesteuert".

Die Szene greift dabei auf pseudowissenschaftliche Argumente zurück – biologische Determinismus, Evolutionspsychologie, verzerrte Statistiken. Frauen würden „von Natur aus" nach dominanten, reichen Männern streben, während Männer auf sexuelle Verfügbarkeit angewiesen seien. Das Ergebnis ist ein Weltbild, das soziale Fragen biologisiert und Machtverhältnisse naturalisiert.

Wer widerspricht, wird als „Beta" abgewertet – als schwach, verweichlicht, feministisch infiziert. Männlichkeit wird hier nicht als Vielfalt verstanden, sondern als starres Ideal aus Stärke, Dominanz und Kontrolle. Gefühle gelten als Verrat, Empathie als Schwäche.

Der wissenschaftliche Anstrich des Irrationalen

Ein zentrales Element der Manosphäre ist ihre Pseudowissenschaftlichkeit. Sie präsentiert Mythen über Biologie und Evolution als Fakten. Frauen seien „hypergam" – also genetisch auf der Jagd nach dem besseren Mann. Männer dagegen: tragische Opfer ihrer Hormone, Helden im Krieg der Geschlechter. In dieser Logik ist der Feminismus kein Fortschritt, sondern ein Angriff auf die Natur.

So entsteht eine Parallelwissenschaft, die an alte Geschlechtermythen anschließt, aber den Anschein von Rationalität wahrt. Eine gefährliche Kombination: Denn wer glaubt, seine Weltanschauung sei naturgesetzlich, hält sie nicht für ideologisch, sondern für wahr.

Hass als Gemeinschaft

Die Online-Foren der Manosphäre sind Echokammern, in denen Widerspruch selten ist. Algorithmen belohnen Empörung, und Empörung erzeugt Gemeinschaft. Aus Sprache wird Identität, aus Identität wird Radikalisierung. In diesen Räumen verschmelzen Misogynie, Rassismus und Antisemitismus zu einer einheitlichen Weltsicht. Frauen werden als Bedrohung, Feminismus als „kultureller Marxismus", Jüdinnen und Juden als Verschwörer, Schwarze und Migranten als „natürliche Konkurrenten" dargestellt. So wird persönlicher Frust politisch aufgeladen.

Und aus diesem Frust entsteht Wut.

Die Red-Pill-Welt ist ein Selbsthilfeprogramm ohne Hilfe. Statt Empathie gibt es Ernährungspläne, statt Gespräche über Gefühle Kalendersprüche über Disziplin. „Keine Emotionen zeigen!" heißt es. „Dominanz, Kontrolle, Hustle!"

Doch hinter dieser Fassade aus Protein und Pathos lauert Verzweiflung – und die sucht sich früher oder später ein Ventil. Manche finden es in Hasskommentaren. Andere greifen zur Waffe.

Wenn Worte zu Taten werden

Diese Ideologie bleibt nicht im Netz. Sie hat längst reale Opfer.

2014 tötete Elliot Rodger in Kalifornien sechs Menschen und veröffentlichte ein Manifest, in dem er Frauen für seine Einsamkeit verantwortlich machte. 2018 fuhr Alek Minassian in Toronto in eine Menschenmenge – zehn Menschen starben. Beide Täter bezeichneten sich als Incels.

Auch in Europa finden sich Spuren dieser Ideologie: Der Attentäter von Halle 2019, der Mörder von Hanau 2020, die Täter von Christchurch und Breivik – sie alle verband die Vorstellung, dass der „Verlust der männlichen Vorherrschaft" und die „Verweichlichung des Westens" existenzielle Bedrohungen seien.

Diese Männer waren keine isolierten Einzeltäter, sondern Teil eines globalen Netzwerks von Ideen, Memes und Feindbildern. Ihre Gewalt war die logische Konsequenz eines Diskurses, der Frauenhass, Rassismus und Verschwörungsideologien miteinander verknüpft.

In Foren werden sie zu Helden verklärt – mit Spitznamen, Gedenkposts, „Hall of Heroes". Elliot Rodger bekommt Memes, als wäre er ein Popstar. Nur dass seine „Fangemeinde" aus Männern besteht, die Vergewaltigung für eine Freizeitbeschäftigung halten und „Rache an Frauen" als Selbstverwirklichung.

Vom Bizeps zur Bewegung

Die Manosphäre ist nicht nur frauenfeindlich, sie ist auch rassistisch und antisemitisch.

Da wird behauptet, „Juden kontrollieren die Pornoindustrie, um Männer zu schwächen".

Schwarze Männer seien „genetisch minderwertig". Und DNA verbleibt 7 Jahre in der Frau - eine Verschwörung, die schon die Nazis erzählten.

Die Manosphäre bleibt demnach nicht unpolitisch und ist anschlussfähig. Die Grenzen zwischen Fitnesscoach, Datingguru und Verschwörungsideologe verschwimmen. Andrew Tate verkauft Misogynie als „Selbstoptimierung", rechte Parteien verwandeln die Angst vor „verweichlichten Männern" in Wahlkampfmaterial. Echte Männer sind schließlich rechts oder müssen doch erst ihre Männlichkeit wiederentdecken, während die jungen Nationalisten nächtliche Gewaltenmärsche organisieren. Der Feind ist klar definiert: Feministinnen, Migrantinnen, liberale Eliten. Der Kampf um Gleichstellung wird so zum Kulturkampf stilisiert, bei dem jede Forderung nach Gleichberechtigung als Angriff auf „natürliche Ordnung" gilt.

Das ist kein Zufall. Antifeminismus ist längst ein verbindendes Element zwischen der digitalen Männerbewegung und rechtsextremen Strukturen. Der Weg von „echter Männlichkeit" zu „weißer Vorherrschaft" ist kürzer, als viele glauben möchten.

Der liberale Gegenentwurf

Wie also begegnet man diesem Backlash – ohne selbst in moralische Überheblichkeit zu verfallen? Indem man die Wurzel trifft: Angst. Nicht jede Angst verdient Spott, aber jede Angst braucht Aufklärung.

Liberale Politik muss zeigen, dass Gleichstellung keine Nullsummenlogik ist.

Wer Gleichberechtigung verteidigt, muss auch verstehen, warum so viele Männer sich bedroht fühlen – und warum manche lieber Verschwörungen glauben, als Verantwortung zu übernehmen.

Es braucht Aufklärung über die Mechanismen dieser Ideologien, aber auch Räume, in denen Männer lernen dürfen, verletzlich zu sein, ohne an Status zu verlieren. Männlichkeit muss kein Gegenentwurf zu Gleichstellung sein. Sie kann Teil davon werden.

Wir brauchen Bildungsarbeit, die Jungen Empathie lehrt, ohne sie zu bevormunden. Medien, die Frauen nicht als Zerrbilder, sondern als Menschen zeigen. Und eine politische Kultur, die nicht reflexhaft „Genderwahn" schreit, sobald es um Gleichberechtigung geht. Auch Sicherheitsbehörden müssen geschult werden: Viele Täter kündigen ihre Gewalt an – in Foren, Chats, Streams. Ein Attentat in Toronto konnte so verhindert werden.

Denn wer Männlichkeit gegen Freiheit ausspielt, hat beides schon verloren.

Und wer glaubt, er habe mit der roten Pille die Wahrheit geschluckt, verwechselt meist Erleuchtung mit Verdauungsstörung.

TEXT: LILLY BERGEMANN (35)
promoviert an der Leuphana im Bereich Public Policy. Ihr erreicht sie per Mail unter **lilly@julis.de**.

„Grünes Wirtschaftswunder“

ZWISCHEN **WUNSCH, WIRKLICHKEIT** UND **FRAMING**

Die **Illusion** der Einfachheit

Die deutsche Energiewende ist ein Meisterstück der politischen Kommunikation. Sie wird als Triumph der Technologie gefeiert, als Beweis, dass ein Industrieland den Schalter auf Grün umlegen kann. Die Botschaft ist einfach, die Bilder sind sonnig: Windräder drehen sich, Solarpaneele glänzen. Doch diese Einfachheit ist eine Lüge. Wer tiefer blickt, erkennt, dass die Energiewende kein Spaziergang, sondern ein vielschichtiges Problem ist – ein System aus ineinandergreifenden Herausforderungen, die sich gegenseitig bedingen und verstärken.

Um die wahre Komplexität zu erfassen, müssen wir uns der fundamentalsten Frage stellen, die uns alle betrifft: der Zuverlässigkeit unserer Versorgung. Wir alle wollen sauberen Strom, aber wir wollen ihn vor allem dann, wenn wir ihn brauchen. Die Sonne scheint nicht nachts, und der Wind weht nicht auf Kommando. Das ist das unlösbare Dilemma der fluktuierenden Erneuerbaren. Die Stabilität des Netzes, die wir seit Jahrzehnten als selbstverständlich hinnehmen, ist der Ausgangspunkt jeder ehrlichen Debatte.

Um dieses Dilemma zu verstehen, müssen wir uns dem Irrtum widmen, der die Debatte über die Kosten dominiert.

Warum billiger Strom am Ende teuer wird

Man hört es überall: Wind- und Solarenergie sind heute die günstigsten Formen der Stromerzeugung. Die reinen Stromgestehungskosten neuer Anlagen sind dramatisch gesunken und liegen oft unter denen neuer Kohle- oder Gaskraftwerke. Ein Triumph der Technologie, so scheint es.

Dieser Vergleich ist jedoch so ehrlich wie ein Gebrauchtwagenhändler, der nur den Preis für die Karosserie nennt, aber die Kosten für Motor, Reifen und Benzin verschweigt. Er ignoriert die Systemkosten.

Die Gestehungskosten messen nur, was es kostet, eine Kilowattstunde zu erzeugen, wenn die Anlage läuft. Sie messen nicht, was es kostet, das gesamte System am Laufen zu halten, wenn die Anlage nicht läuft. Und genau hier beginnt die eigentliche Kostenexplosion der Energiewende. Denn die Fluktuation der Erneuerbaren zwingt uns zu gigantischen Investitionen in die Infrastruktur: Netzausbau, Redispatch-Maßnahmen und vor allem: Speicher.

Die Kosten sind dabei nicht weg, sie sind nur an einen anderen Ort verschoben worden – auf die Netzentgelte und Steuern, die jeder Bürger und jedes Unternehmen zahlt. Allein die Investitionen in die deutschen Stromnetze werden bis 2045 auf über 320 Milliarden Euro geschätzt. Diese Summe ist die direkte Folge der Instabilität, die wir uns mit der Umstellung auf fluktuierende Quellen ins Haus geholt haben.

Die Kosten steigen also, weil wir die Stabilität teuer erkaufen müssen. Aber gut, wir müssen ja klimaneutral werden. Dann müssen wir halt das Geld in die Hand nehmen, oder?

Energiespeicherung – technisch möglich, ökonomisch zweifelhaft

Das Problem der Speicherung geht erneut auf die Wirtschaftlichkeit zurück. Wenn wir über Speicher reden, denken viele an die kleine Batterie im Keller, die den Solarstrom vom Tag in den Abend rettet. Das ist technisch gelöst. Wenn wir allerdings die ganzjährige Versorgung mit Erneuerbaren und gleichzeitig die Versorgungsstabilität gewährleisten wollen, müssen wir die Überproduktion (insbesondere der Sommermonate) in den Zeitraum der Unterproduktion (insbesondere der Wintermonate) transferieren.

Die Speicherung für Wochen oder Monate ist technisch anspruchsvoll. Das ökonomische Problem ist jedoch noch gravierender: Da Langzeitspeicher nur selten genutzt werden (z.B. nur einmal pro Jahr von Sommer zu Winter), müssen die gesamten Investitionskosten auf sehr wenige Ladezyklen umgelegt werden. Dies führt zu einem extrem hohen relativen Preis pro gespeicherter Kilowattstunde – ein ökonomischer Super-GAU.

Diese Betrachtung ist wie gesagt technologieunabhängig und trifft im Übrigen ebenso auf die Ersatzkraftwerke zu. Ich baue teure Anlagen, um diese dann möglichst wenig zu nutzen. Aus Stabilitätsgründen richtig – allerdings ein ökonomischer Super-GAU. In diesem Zusammenhang sei auch Wasserstoff genannt. Für die Langzeitspeicherung könnte dieser eher geeignet sein, da man ihn tendenziell importieren kann und somit weniger lokal gebunden ist. Allerdings sind hier neben den hohen Umwandlungsverlusten (min. 50 % durch Umwandlung in Wasserstoff und Rückverstromung) ebenfalls Strukturen aufzubauen (Elektrolyseur, Gasspeicher und -netze), welche wiederum aufgrund des Kostennachteils nur genutzt werden sollten, wenn wir mehr produzieren, als wir verbrauchen. Also sprechen wir wiederum von der Umlage großer Kosten auf relativ wenig Energie.

Dieser Effizienzverlust verschärft die Kostenfrage dramatisch. Aber er führt uns zu einem noch fundamentaleren Irrtum, der die gesamte Debatte verzerrt.

„Die Hälfte haben wir ja schon geschafft“

"Deutschland versorgt sich zu über 50 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen!" Diese Zahl ist der größte statistische Trick der Energiewende. Sie bezieht sich ausschließlich auf den Bruttostromverbrauch. Der Strom, den wir für Licht und Computer nutzen, macht aber nur etwa ein Fünftel unseres gesamten Energiebedarfs aus. Der wahre Maßstab ist der Primärenergieverbrauch, der sämtliche Energieträger umfasst.

Wenn wir den Anteil der Erneuerbaren am gesamten Primärenergieverbrauch betrachten, sieht die Welt plötzlich sehr viel weniger grün aus. Der Anteil liegt nicht bei 50 Prozent, sondern bei unter 20 Prozent. Über 80 Prozent unserer gesamten Energieversorgung basieren immer noch auf fossilen Energieträgern. Als wäre das nicht ernüchternd genug, entfällt bei dem Erneuerbaren-Anteil auch noch knapp die Hälfte des Verbrauchs auf Biomasse. Realistisch decken Wind und PV unseren Energiebedarf also zu in etwa zehn Prozent. Die Sektoren Wärme und Verkehr hängen massiv am Tropf der fossilen Brennstoffe. Die "50 Prozent" sind ein Etappensieg im Stromsektor, aber kein Indikator für den Gesamtzustand der Energiewende.

Energiewende muss man sich leisten können

Die Betrachtung des Primärenergieverbrauchs muss ein Weckruf sein. Sie zeigt, dass der Großteil unserer Wirtschaft nicht ansatzweise klimaneutral oder elektrifiziert ist. Wollen wir das umsetzen, bedeutet das: Der künftige Strombedarf wird nicht nur steigen, er wird explodieren.

Dieser explodierende Strombedarf führt uns direkt zu der zusätzlichen Infrastruktur. Gehen wir diesen Weg blauäugig weiter, müssen wir nicht nur die entsprechenden Kraftwerke bauen, wir müssen parallel sämtliche Netze Deutschlands massiv ausbauen und mit Speichern aufrüsten, welche nicht nur kurzfristige Bedarfe ausgleichen, sondern ebenfalls langfristig in der Lage sind unseren immensen Strombedarf in Zeiten geringerer Produktion zu sichern. Sich hierbei auf importierten Wasserstoff zu verlassen, ist nicht nur naiv, sondern ersetzt lediglich die fossile durch grüne Importabhängigkeit.

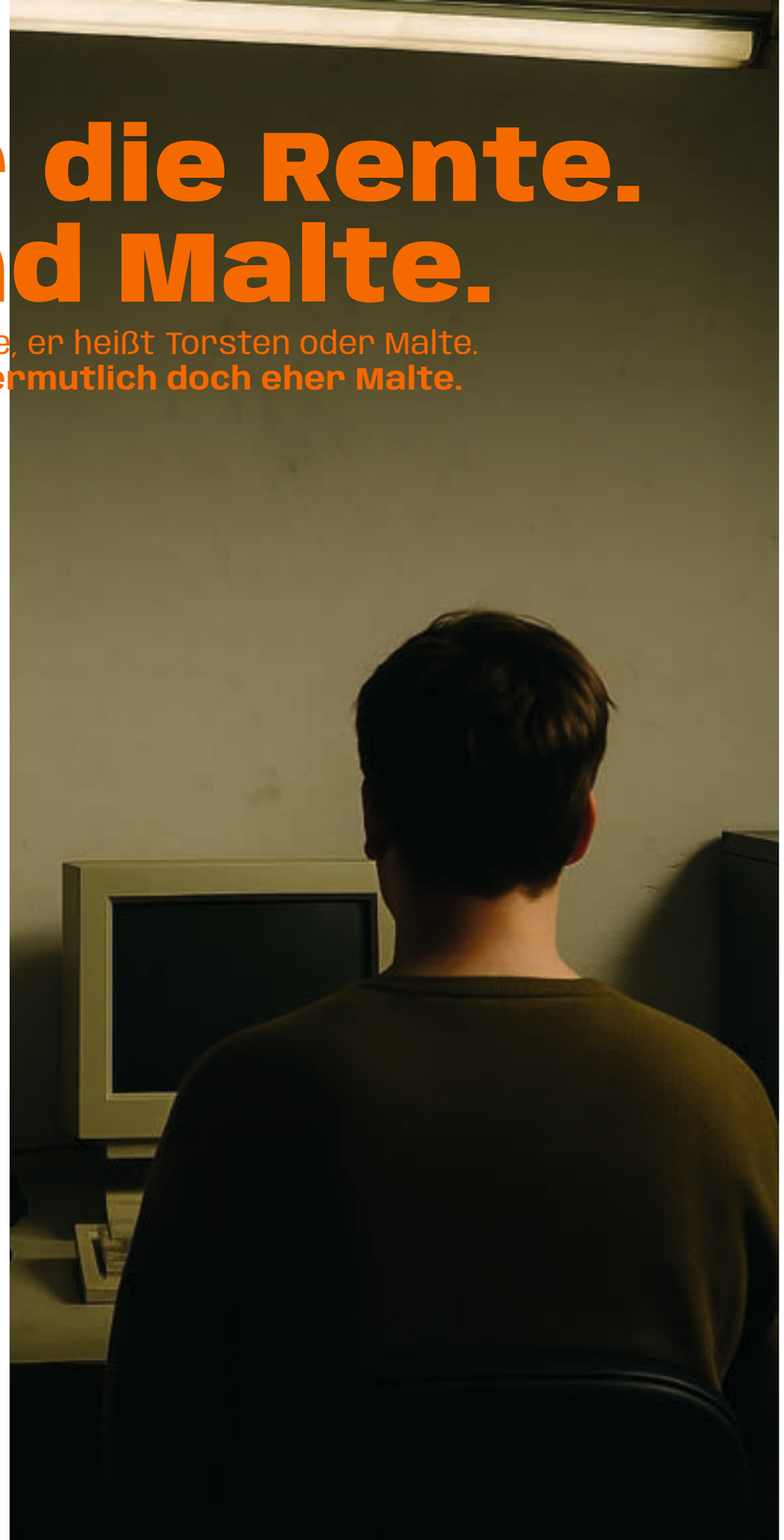
Diese Abhängigkeit und die Ineffizienz beeinflussen wiederum die Kosten. Die wahre Rechnung lautet: Die Energiewende ist nicht teuer, weil die Windräder teuer sind. Sie ist teuer, weil die Systemintegration eines massiv vergrößerten, fluktuierenden Systems gigantische Investitionen in Netze und Speicher erfordert, um die Versorgungslücke zu schließen. Die Kosten sind nicht die Gestehung, sondern die Verfügbarkeit, die Effizienzverluste und der Netzausbau.

Diese bringen uns direkt zurück zum Ausgangspunkt: der Zuverlässigkeit. Die Energiewende ist kein grünes Märchen, sondern ein gigantisches Ingenieursprojekt. Sie ist der Aufbau eines komplett neuen, hochkomplexen und redundant ausgelegten Energiesystems. Wer sie erfolgreich beenden will, muss aufhören, sich an statistischen Halbwahrheiten zu berauschen, und anfangen, die wahren Systemkosten, die Effizienzverluste der Speicherung und die gesamte Energiebilanz in den Blick zu nehmen. Nur wer die Komplexität der Herausforderungen versteht, kann sie auch lösen.

TEXT: HANNES GRABIA (29)
ist selbstständiger Unternehmensberater aus Rostock und leitete mehrere Jahre die Rechtsabteilung eines Marktführers aus dem Bereich „grüner Wasserstoff“. Ihr erreicht ihn per Mail unter **Hannes.grabia@fdprostock.de**.

Über die Rente. Und Malte.

Ich glaube, er heißt Torsten oder Malte.
Aber vermutlich doch eher Malte.



Malte wurde antiautoritär erzogen, und das erste Mal, als er einen richtig schlechten Tag hatte, war, als er in der Schule seinen Namen tanzen musste. Und ganz ehrlich? Ich kann's verstehen.

Vorspann.

Malte arbeitet in einem kleinen Büro, in dem eine alte Neonröhre herabhängt, die seit Jahrzehnten nervenzerreißend brummt und flackert. Nach vielen Umschulungen und abgebrochenen Ausbildungen hat er nun schon seit einer Weile seine wahre Berufung gefunden. Maltes Job ist ganz einfach: politische Themen zu entwerfen, die zunächst schön klingen, aber Politiker nachkommender Generationen plagen werden. Je schlechter er gelaunt ist, desto fieser der Inhalt; das ist Teil der Stellenbeschreibung. Ein gutes Beispiel hierzu war die Konvention über die Erweiterung des Hongkonger Territoriums. In der Theorie ein sehr simpler Vertrag, um das damals unbeliebte geopolitische Riesenbaby China weiter zu beuteln und eine Weile bei Stange zu halten. Damals hat noch niemand gedacht, dass die 99-jährige Verpachtung von Hongkong ein ernsthaftes Problem für irgendjemanden darstellen sollte. Etwas später, und demokratische Demonstranten in Hongkong werden im Jahr 2020 verhaftet, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nutzen wollen. Als Malte diese Konvention entworfen hat, hatte er einen guten Tag.

Rente. Grundlagen und Probleme.

Malte ist aber auch für das deutsche Rentensystem verantwortlich, und an diesem Tag muss jemand seinen Hund überfahren haben. Und wir dürfen es heute ausbaden. Doch der Reihe nach. Im Prinzip ist unser Rentensystem ein sehr fairer Gedanke: Wer sein gesamtes Leben lang arbeitet und die Wirtschaft mit seiner Arbeitskraft angekurbelt hat, verdient einen würdigen und ruhigen Lebensabend. Von der Gesellschaft dann unterstützt, wenn er seinen eigenen Lohn körperlich nicht mehr verdienen kann. Und das Clevere: Es hat bei der Einführung niemand gemerkt, dass man uns damit jetzt gehörig auf die Nüsse gehen kann.

Rentenpolitik im 21. Jahrhundert zu betreiben ist nur minimal unangenehmer als ein wohltemperiertes Aromabad, dem man einen angeschlossenen Toaster beigefügt hat. Seit jeher sind Rentner und die, die in den nächsten paar Jahren in Rente gehen, eine sehr dominierende und vor allem homogen einseitig interessierte Wählergruppe: Sie wollen sich in Gewissheit wiegen, dass ihre anstehende oder aktuelle Rente sicher ist. Norbert Blüm hat diese Erkenntnis mit dem sehr deutlichen Wahlspruch deutschlandweit gefestigt und abgedruckt: „Denn eines ist sicher: die Rente!" Dies vermischen wir nun mit einer ordentlichen Prise „deutscher Finanzangst", wie ich es gerne nenne: Der gemeine Deutsche hält 2 % Festgeldzins analog zur Kontinentaldrift für krass schnelle Scheiße und lebt in seiner bunten, traumhaften Zauberwelt, in der Inflation für die eigene Barliquidität nicht weiter relevant ist, da man schon immer nur mit einem 20 €-Schein den Benzin getankt hat und seine einstelligen Vermögensmehrungen mit Wachsmalstiften an die Wand malen kann. Diese allgemeine Lethargie, sein Vermögen auch nur annähernd sinnstiftend verwalten zu wollen, ist absolut faszinierend und gibt sich heutzutage mit dem linken Zeitgeist die Klinke in die Hand, und zwar so sehr, dass allein der Begriff „Aktien" im Glücksspielstaatsvertrag vorkommen müsste.

Alte Leute und Wikinger.

Wir haben also eine sehr starke Wählergruppe, die sich gegen das Berühren ihrer heiligen Kuh intensivst wehrt, und eine deutsche Finanzangst, die das private Vermehren von Vermögen ausschließlich als riskant und „nur was für Reiche" proklamiert. Und ganz ehrlich: Lass einen sanierungsbedürftigen Leopard 2 mit kaputtem Kettenantrieb vereiste Serpentinen herunterschlittern, während in der Gegenrichtung ein Radrennen sehbehinderter Anfänger stattfindet, und du hast weniger Unheil zu befürchten als das deutsche Rentensystem im 21. Jahrhundert. Die gesetzliche Rente ist bereits seit Jahrzehnten ein marodes Konstrukt, auf das sich viel zu viele Menschen viel zu lange blind verlassen haben – das man aber gleichzeitig nicht anfassen kann, da sonst eine der politisch wichtigsten Wählergruppen wütend wird und das Kreuz bei der nächsten Wahl, sollten sie denn da noch leben, woanders machen wird. Und diese politische Wählergruppe wird nicht nur immer größer und somit politisch relevanter, sondern dank des demografischen Wandels belastet sie auch das Rentensystem immer mehr.

Wobei ich aber zum demografischen Wandel ein bisschen Aufklärungsarbeit leisten muss; den hat nämlich damals Malte entworfen. Und zwar ungefähr zu der Zeit, als Deutschland nach freundlichem Zuspruch anderer Länder gelernt hat, dass Inn, Rhein und Donau eigentlich ganz akzeptable Grenzflüsse sind. Malte war von der Idee begeistert, dass die Gesellschaft immer älter wird, alle Statistiken darauf hinweisen, das aber niemand so wirklich wahrhaben möchte. Zu Kindern steht in der zugehörigen Akte einzig und allein: „Zu laut, zu teuer, steuerlich schlecht absetzbar." Und das Beste: Er konnte es erfolgreich als Fortschritt verkaufen. Lifestyle, Work-Life-Balance, Bindungsängste. You name it, Malte made it. Und da die Aussage „Du kannst dein Leben sorgenlos so gestalten, wie du möchtest, und musst keine Konsequenzen aus diesem Handeln befürchten" fast so cool klingt wie „Wikinger auf einem Laservelociraptor in einem Überschallraumschiff", hat niemand gemerkt, wie dadurch die Gesellschaft zunehmend altert und sich nicht mehr selbstständig stützen kann. Doch keine Sorge, dagegen hat die CDU in ihren vielen Regierungen, die sie vorzuweisen hat, viele tolle Reformen eingeführt!

Blüm, Riester und Malte.

…oder? Wären wir jetzt bei Der 7. Sinn, würde Egon Hoegen mahnen: „Doch Vorsicht!"

Sind wir aber nicht. Anders formuliert: Gäbe es einen Nobelpreis fürs Trollen, die CDU würde ihn mit ihrer jahrzehntelangen Rentenpolitik gewinnen – und ich würde zu Fuß nach Stockholm pilgern, um ihr stehend zu ovatieren. Das beginnt ja schon beim bereits erwähnten Norbert Blüm. Dieser hat (mit Sicherheit in geheimer Abstimmung mit Malte) die Erhöhung des Rentenalters so geschickt konstruiert, dass nur jene vom neuen Rentenmodell profitiert haben, die schon davor eine auskömmliche Rente erwarten konnten. Wenn du zu wenig verdient hast oder dich von geringfügiger Beschäftigung zu geringfügiger Beschäftigung hangeln musst? Learn to play. Hättest du mal lieber privat vorgesorgt – was zwar weder gesellschaftlich sonderlich verbreitet war noch für die Betroffenen finanziell in einem rentenwürdigen Ausmaß überhaupt möglich, aber halten wir uns nicht länger mit unintuitiven Details auf. Denn wir machen direkt weiter mit der Riester-Rente! „Aber Moment, Walter Riester ist doch ein Soze?!" höre ich es bereits rufen. Das stimmt! Und noch viel interessanter: Die Riester-Rente hatte eigentlich einen sehr privatwirtschaftlichen Teil, in dem private Altersvorsorge steuerlich gefördert werden sollte. Ganz recht – die rot-grüne Regierung hatte vor, dass Leute privat ihre Rente verbessern können sollten. Und wer hat es geblockt? Die CDU, in einem ihrer Meisterstückchen, weshalb sie den besagten Nobelpreis verdient hätte. Diese eigenverantwortliche und langfristig entlastende Reform (für linke Sozialreformen eine seltene Kombo!) wurde als „zu teuer" abgestempelt und ist im Bundesrat aufgrund schwarzer Gegenstimmen gescheitert. Das Resultat? Es gibt nun vermutlich so viele Rentner, die dank der Riester-Rente einen würdigen Lebensabend genießen können, wie wildlebende Thomson-Gazellen in Castrop-Rauxel.

Abschluss.

Statt über Demos gegen Rechts würde ich mich viel lieber über Demos gegen Malte freuen. Doch das ist sehr unwahrscheinlich und auch verdammt schade. Doch einen Lichtblick gibt es: Am Ende wird das Rentenproblem auf jeden Fall gelöst, und das ärgert Malte am meisten. Nicht durch Politik, nein. Sondern durch Biologie. Und diese Genugtuung, einen frustrierten Malte zu erleben, werde ich genießen.

TEXT: PASCAL TEUKE (29)
arbeitet als Controller und Dozent. Ihr erreicht ihn unter **teuke@julis.de**.

Was bleibt von **FRAU, LEBEN, FREIHEIT?**

Ein Blick in den **Iran**

Der Auslöser

13. September 2022: Die 22-Jährige Jina Mahsa Amini wird in den Straßen von Teheran, der Hauptstadt Irans, von der sogenannten Sittenpolizei festgenommen. Der Vorwurf: Sie habe ihr Kopftuch nicht vorschriftsgemäß getragen. Bei der Festnahme wurde Jina gewaltvoll verprügelt, wodurch sie ins Koma fiel und drei Tage später im Krankenhaus verstarb.

Seit der Revolution im Jahre 1979 werden insbesondere Frauen vom Mullah-Regime unterdrückt. Neben strengen Kleidervorschriften wird ihnen der Zugang zu Bildung, Arbeit und dem öffentlichen Leben erschwert und auch im Familienrecht, insbesondere in Bezug auf Scheidung oder Sorgerecht werden Frauen systematisch benachteiligt.

Immer wieder kam es zu Protesten gegen die Härte des Regimes, wie die „Grüne Bewegung“ 2009. Diese wurde durch die damalige Präsidentschaftswahl ausgelöst, bei der von einer massiven Wahlfälschung gesprochen wurde. Die Farbe des Oppositionskandidaten, Mir Hossein Mousavi, grün, wurde hierbei zum Symbol des Widerstands. Im Vordergrund standen Forderungen nach fairen Wahlen, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, die Achtung der Menschenrechte und Freiheit für politische Gefangene. Die Regierung reagierte auf die Proteste mit Gewalt, Verhaftungen und Zensur und unterdrückten somit den Widerstand.

Der Tod Jina Mahsa Aminis war der Auslöser für eine weitere bedeutende Bewegung. Sie hatte ihren Anfang in der kurdischen Gemeinschaft, die als Minderheit zusätzliche Unterdrückung durch das Regime erfährt. Mit dem Slogan „Jin Jiyan Azadi“ beginnen in der Heimatstadt Jinas die Proteste und breiten sich von dort schnell im Land und in der ganzen Gesellschaft aus und fanden auch international Unterstützung.

Forderungen

Zu den Forderungen zählten die Freiheit und Selbstbestimmung der Frau, eine Gleichberechtigung vor dem Gesetz und das Ende der Sittenpolizei. Die Proteste strebten ebenfalls nach einer Abschaffung des autoritären Regimes, die Freilassung aller politischer Gefangener, das Ende von Hinrichtungen, Folter und Repressionen und die Möglichkeit von fairen und freien Wahlen. Insbesondere Minderheiten forderten zudem auch eine Gleichbehandlung aller ethnischen Gruppen und die Anerkennung der Vielfalt und regionaler Sprachen. Auch die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes, die auch durch Korruption bedingt ist, brachte die Bevölkerung auf die Straße. Zum Symbol dieser Bewegung wurde das Abnehmen des Kopftuchs, oft auch verbunden mit dem Schneiden der Haare.

Unterdrückung

Das Regime reagierte mit harter Hand auf die Proteste. Mit brutaler Gewalt wurde gegen die Demonstranten vorgegangen, teilweise wurden sie auf offener Straße erschossen. Insbesondere wurde gezielt auf die Augen, das Gesicht oder die Genitalien geschossen. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen, Folter, Scheinprozessen und Hinrichtungen.

Da das Internet und die sozialen Netzwerke ebenfalls gezielt als Kanal für den Protest genutzt wurden, wurden Plattformen blockiert, das Mobilfunknetz gestört und das Internet gedrosselt.

Ein zentraler Ort der Bewegung war das berüchtigtste Gefängnis des Landes, das Evin-Gefängnis in Teheran. Zu den Gefangenen gehörten politische Gefangene und viele wichtige Köpfe der Bewegung, wie beispielsweise die Journalistinnen Elahe Mohammedi und Niloofar Hamedi, die über den Tod von Jina Mahsa Amini berichteten.

Insassen des Evin-Gefängnisses berichteten von physischer als auch psychischer Folter und Gewalt, Schlafentzug, sexuellen Übergriffen und Zwangsgeständnissen mit unfairen Prozessen. Außerdem wird vielen eine notwendige medizinische Behandlung verweigert und willkürlich Isolationshaft verordnet. Auch der Kontakt zur Außenwelt wird oftmals eingeschränkt oder verweigert.

Ein weiterer politischer Gefangener, dessen Aufenthaltsort unbekannt war, war der deutsche Staatsbürger Jamshid Sharmahd. Der Exil-Oppositionelle lebte mit seiner Familie in den USA und engagierte sich von dort aus für die Menschenrechte in seiner Heimat. Auf einer Geschäftreise 2020 wurde er in Dubai entführt, in den Iran gebracht und wegen dem Vorwurf des Terrorismus angeklagt und in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Seine Tochter Gazelle setzte sich mit voller Kraft aktiv für die Freilassung ihres Vaters ein und berichtete in den sozialen Netzwerken über die Entwicklungen. Ende Oktober 2024 wurde sein Tod bekannt gegeben, laut dem Regime starb er bereits vor der geplanten Hinrichtung, die Umstände des Todes konnten auch nach einer Autopsie nicht geklärt werden. Amnesty International fordert die Bundesanwaltschaft auf, eine strafrechtliche Ermittlung gegen die iranischen Beamten vorzunehmen.

Die harte Hand des Regimes, die schwierige wirtschaftliche Lage und auch die Unklarheit über ein Danach führten Mitte 2023 zum Abklingen der Proteste. Demonstranten und ihre Angehörigen wurden systematisch bedroht und überwacht, es wurde zudem versucht unterschiedliche Gruppierungen gegeneinander aufzustacheln und einige der Gesetze wurden weiter verschärft um die Unterdrückung aufrecht zu erhalten. In der Bevölkerung machte wieder ein Stück Hoffnungslosigkeit breit neben dem Schmerz über den Verlust junger Menschen, die in den Protesten ihr Leben für die Freiheit des Landes gelassen haben.

Die Bewegung ist allerdings nicht gestorben, sie lebt in Stille weiter. Auch wenn es kaum noch öffentliche Staßenproteste gibt, hat sich das Denken der Menschen verändert. Viele Frauen bewegen sich weiterhin ohne Kopftuch in der Öffentlichkeit, obwohl sie mit brutalen Strafen zu rechnen haben. Es hat sich ein neues Selbstbewusstsein der eigenen Identität entwickelt. Auch in der internationalen Gemeinschaft findet die Bewegung weiterhin Anklang, Exil-Iraner sind vernetzt und richten die Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung. Auch in der Allgemeinheit herrscht ein stärkeres Bewusstsein für die Menschenrechtsverletzungen. In der Kunst, Musik und Literatur lebt die Bewegung ebenfalls weiter. Der Song „Baraye“ von Shervin Hajipour wurde zur Hymne der Bewegung und gewann 2023 einen Grammy.

Ausblick

Leider sind kurzfristige Veränderungen aktuell eher unwahrscheinlich. Obwohl die Macht des Regimes bröckelt, nicht zuletzt durch die deutliche Schwächung des Proxy-Netzwerks mit dem damals stärksten Verbündeten, der Hisbollah, hat die Bevölkerung wenig Spielraum sich gegen das Regime zu erheben. Für eine erfolgreiche Revolution fehlt außerdem ein gemeinsames Ziel und eine Führungsfigur der Opposition. Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob eine Demokratie etabliert werden oder der Schah wieder eingesetzt werden sollte.

Die wirtschaftliche Lage, die politisch schwache Stellung und auch das Alter des geistlichen Führers Khameneis deuten jedoch auf eine mögliche Bewegung in den nächsten Jahren hin.

Durch die „Frau Leben Freiheit“-Bewegung ist ein tiefer Graben zwischen dem Regime und der Bevölkerung entstanden – sie ruht, aber sie ist nicht tot. Sie findet weiterhin in den Köpfen der Menschen statt und ist nicht aufzuhalten.

TEXT: SARA-JANE ZAGORAC (23)
ist aus dem Kreisverband Böblingen und studiert dual BWL-Bank. Ihr erreicht sie unter
sara-jane.zagorac@julis.de.

PIVOT TO AFRICA

– Russlands Vorstoß in den Globalen Süden

„Who blessed the Vlads down in Africa?", fragt die Journalistin Amy Mackinnon im Magazin Foreign Policy. Sie bezieht sich auf die notorische Gruppe Wagner, deren Kämpfer seit 2017 in einer wachsenden Zahl an afrikanischen Staaten aktiv sind. Darüber hinaus ist Russland tief in Rohstoffgeschäfte auf dem afrikanischen Kontinent verstrickt, stützt Putschistenregime, die auf Konfrontationskurs mit Europa und den USA gehen, und unterhält ein Desinformationsnetzwerk auf der ganzen Länge zwischen Bengasi und Kapstadt. Und in der Tat – ganz von alleine beantwortet sich Mackinnons Frage nicht, wenn man bedenkt, dass Moskau ungefähr drei Tausend Kilometer von der nächstgelegenen afrikanischen Hauptstadt entfernt liegt. Ein anderer Kontinent, andere Konflikte und nur wenig Verbindungen seit dem Ende des Kalten Krieges – was zur Hölle hat Russland also in Afrika zu suchen?

Warum ausgerechnet Afrika?

Während des Kalten Krieges waren viele afrikanische Staaten aufgrund ihres Rohstoffreichtum und als blockfreie Staaten begehrte Partner, um die beide Seiten des Eisernen Vorhangs buhlten. Nach dem Fall der Sowjetunion verlor Moskau weite Teile des Einflusses, den es während des Ost-West Konflikts gewonnen hatte. Mit dem Aufstieg Wladimir Putins und dessen angestrebten Comeback auf der Weltbühne drängte Russland allerdings zurück auf den afrikanischen Kontinent. Diese Rückkehr begann nur kurze Zeit nach der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014. Damals hatte Russland mit schweren Verlusten an Ansehen sowie ersten Sanktionen zu kämpfen. Der Kreml musste sich einerseits um einen alternativen Zugang zu den Weltmärkten bemühen und andererseits der internationalen Staatengemeinschaft beweisen, dass es immer noch global agieren konnte, ohne sich dabei angreifbar zu machen. Afrika bot und bietet dafür die perfekte Arena: eine unübersichtliche politische Lage in weiten Teilen des Kontinents, schwelende regionale Konflikte und eine zunehmende Vernachlässigung durch den politischen Westen sowie Zugang zu Gold, Öl, Diamanten und anderen Rohstoffen.

Das Werkzeug, um dieses Potential zu heben, sollte die frisch gegründete Gruppe Wagner sein – eine an westlichen Militärunternehmen orientierte Truppe von Paramilitärs unter der Führung des Oligarchen Jewgeni Prigoschin, die ihre Kämpfer aus den Reihen russischer Spezialeinheiten und Geheimdienste rekrutierte und im Auftrag des Kremls für eine ganze Reihe von Schattenoperationen eingesetzt wurde. Nachdem sie sich im Donbass und in Syrien bewiesen hatte, schickte sie Moskau schließlich nach Afrika. Der Auftrag – Rohstoffvorkommen sichern, Russland als Großmacht präsentieren und den Westen in Verruf bringen.

Die unheilvolle Triade

Um das Vorgehen der Gruppe Wagner in Afrika zu verstehen, muss man zunächst den Blick auf die russische Machtstruktur vor der Vollinvasion auf die Ukraine im Jahr 2022 richten. Damals war Russland noch nicht so stark zentralisiert, wie wir es heute erleben. Stattdessen ähnelte der Kreml in dieser Zeit einem mittelalterlichen Hofstaat. Das bedeutet, dass mächtige Oligarchen und Vertreter des Sicherheitsapparats freie Hand hatten, solange sie den geopolitischen Interessens Russlands mit ihrem Handeln nicht schadeten und im Zweifel zur Stelle waren, wenn der Kreml ihre Dienste in Anspruch nehmen wollte. Dementsprechend führte sich Jewgeni Prigoschin in Afrika auf, wie der mächtige Vasall eines weit entfernten Monarchen.

Ab 2017 war die Gruppe Wagner mit Kämpfern im Sudan aktiv, ab 2018 in der Zentralafrikanischen Republik, später in Libyen und Mali. Mit Ausnahme Mosambiks, wo der angedachte Einsatz nach wenigen Monaten abgebrochen werden musste, folgten all diese Engagements demselben Muster. Die Paramilitärs verstärken und trainieren die Streitkräfte lokaler Regime und stützen so gefährdete Staatschefs und Warlords, wie den libyschen General Haftar oder den ehemaligen sudanesischen Diktator Omar al-Bashir. Im Gegenzug erhält der Kreml vergleichsweise günstig politischen Einfluss, ohne offiziell Verantwortung übernehmen zu müssen. Jewgeni Prigoschin und die russischen Oligarchen wiederum bekommen Schürflizenzen für den Rohstoffabbau, verschaffen Russland damit alternative Ressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten und können darüber hinaus kräftig in die eigene Tasche wirtschaften. So entstand ein gigantisches Firmennetzwerk mit Prigoschin im Zentrum, bewacht von den wenig zimperlichen Paramilitärs der Gruppe Wagner.

Dieses Win-Win Dreiecksschema funktionierte so lange bis Jewgeni Prigoschins Ikarus-Flug eine wortwörtliche Bruchlandung erlitt. Bei dem mutmaßlich von der russischen Regierung beauftragten Flugzeugabsturz kam nicht nur der Wagner-Anführer selbst, sondern auch ein Großteil deren Führungsebene ums Leben. Bis dahin waren russische Paramilitärs in fünf afrikanischen Ländern aktiv und in über einem Dutzend weiteren erstreckten sich Firmennetzwerke und Einflusskampagnen. Der Tod Prigoschins läutete das Ende der wagnerschen Autonomie und eine neue Ära des russischen Würgegriffs um Afrika ein.

Eine neue anti-westliche Allianz

Die Grundlage dafür bilden die Militärputsche der letzten Jahre im Sahel, also der westafrikanischen Region direkt südlich der Sahara. Für Warlords und Militär-Juntas ist Russland ein aktiver Partner, weil es nicht auf die Einhaltung von Menschenrechten oder demokratischen Standards pocht. Als die neue malische Militärregierung 2021 die französischen Truppen aus dem Land warf und damit auch den dortigen Bundeswehreinsatz beendete, war die Gruppe Wagner sofort zur Stelle, um das Machtvakuum zu füllen und den Kampf gegen Islamisten und Separatisten fortzusetzen. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Burkina Faso und Niger, wo angesichts der neuen Partnerschaft zwischen Militärregime und Russland sogar ein amerikanischer Luftwaffenstützpunkt geschlossen werden musste. Der Kreml wird mutiger, kommt zunehmend aus der Deckung. Die ehemalige Gruppe Wagner tritt heute unter dem Namen Africa Corps auf und wird direkt durch das russische Verteidigungsministerium sowie den Militärgeheimdienst GRU geführt. Für gierige Alleingänge von Oligarchen bleibt kein Platz mehr, denn der Kreml verfolgt knallharte geopolitische Interessen: Tiefwasserhäfen am östlichen Mittelmeer und am Roten Meer, das Abschneiden Frankreichs von den Uran-Vorkommen im Sahel, Kontrolle über Migrationsströme nach Europa und die Eröffnung einer neuen NATO-Südflanke.

Damit hat Russland bereits beträchtlichen Erfolg: Mali, Niger und Burkina Faso sind aus der westlich orientierten westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS ausgetreten und haben ein konkurrierendes Bündnis ins Leben gerufen – natürlich unter dem Schutz des Kremls. Gleichzeitig bemüht sich Russland um gute Beziehung zur Militär-Junta im Tschad und sucht Annäherung an die Putschisten im Sudan. Sollten diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein, hätte der Kreml einen gigantischen Einflussraum im Herzen Nordafrikas errichtet, der sich von Libyen bis in die Zentralafrikanische Republik und von Mali bis in den Sudan erstreckt. Währenddessen sorgen russische Desinformations- und Einflusskampagnen unermüdlich dafür Europa und die USA in den Augen vieler Afrikanerinnen und Afrikaner zu diskreditieren – ohne dass der Westen darauf irgendeine Antwort hätte.

Russlands Streben nach einer neuen Weltordnung ist längst im Gange und findet auf einem Spielfeld statt, von dem sich die westlichen Staaten in den letzten Jahren mehr und mehr zurückziehen mussten und dessen Regeln sie überhaupt nicht verstehen. Afrika wird hierzulande gerne unterschätzt – es könnte aber von unschätzbarer Bedeutung im Kampf um die Bewahrung der regelbasierten Weltordnung sein. Und die europäischen Staaten täten gut daran schleunigst eine Strategie zu finden, um den Kontinent nicht auf lange Sicht an die Autokraten zu verlieren.

TEXT: CARL GRUNER (25)
studiert International Security im Master und engagiert sich als Reservist in der Bundeswehr. Ihr erreicht ihn unter
carl.gruner@julia-dresden.de.

SUPERINTELLIGENZ:

Die letzte Erfindung der Menschheit?

Warum wir über KI-Risiken sprechen müssen, **bevor es zu spät ist**

Stellt euch vor, ihr erfindet etwas, das intelligenter ist als ihr selbst. Etwas, das Probleme lösen kann, die für Menschen unlösbar erscheinen. Klingt großartig, oder? Aber der Haken: Wenn diese Intelligenz erst einmal existiert, könntet ihr nicht mehr kontrollieren, was sie tut. Willkommen in der Debatte um Superintelligenz.

Der Elefant im Serverraum

Während wir uns über Uploadfilter, Datenschutz und digitale Souveränität streiten, entwickelt sich im Hintergrund etwas Fundamentaleres: Künstliche Intelligenz wird nicht nur besser in spezifischen Aufgaben, sie nähert sich menschlicher Intelligenz in immer mehr Bereichen. Und wenn wir den Experten glauben (und dazu gehören nicht nur Tech-Pessimisten, sondern auch die Gründer führender KI-Unternehmen), dann könnte der Sprung von „ziemlich intelligent" zu „übermenschlich intelligent" schneller kommen als wir denken.

Eliezer Yudkowsky, einer der Pioniere der KI-Sicherheitsforschung, hat in seinem Essay „There's No Fire Alarm for Artificial General Intelligence" eine unbequeme Wahrheit formuliert: Es wird keinen klaren Moment geben, in dem eine Sirene losheult und uns warnt. Stattdessen wird es eine schleichende Entwicklung sein, bis plötzlich alles sehr schnell geht.

Orthogonalitätsthese: Warum superintelligent nicht automatisch superfreundlich bedeutet

Hier wird es philosophisch, aber bleibt dran. Es lohnt sich. Die Orthogonalitätsthese besagt im Kern: Intelligenz und Ziele sind voneinander unabhängig. Eine superintelligente KI könnte praktisch jedes beliebige Ziel verfolgen, und ihre Intelligenz würde ihr nur dabei helfen, dieses Ziel effizienter zu erreichen.

Das Problem? Wir Menschen neigen dazu anzunehmen, dass etwas Intelligentes automatisch auch weise, moralisch oder zumindest vernünftig sein muss. Aber das ist ein gefährlicher Trugschluss. Eine KI mit dem simplen Ziel, so viele Büroklammern wie möglich zu produzieren, würde bei entsprechender Superintelligenz möglicherweise den gesamten Planeten in eine Büroklammenfabrik verwandeln. Klingt absurd? Das ist genau der Punkt: Die Ziele, die wir einer KI geben, müssen extrem präzise formuliert sein. Sonst bekommen wir genau das, was wir verlangen, nur eben nicht das, was wir eigentlich wollen.

Instrumentale Konvergenz: Warum jede KI mächtig werden will

Noch beunruhigender wird es mit dem Konzept der instrumentalen Konvergenz. Egal welches Endziel eine superintelligente KI verfolgt (ob Büroklammern produzieren, mathematische Theoreme beweisen oder Menschen glücklich machen), es gibt bestimmte Zwischenziele, die fast immer rational sind: Selbsterhaltung, Ressourcenakquise, Verbesserung der eigenen Fähigkeiten und die Verhinderung, dass jemand ihre Ziele ändert.

Mit anderen Worten: Eine superintelligente KI hätte aus rein logischen Gründen ein Interesse daran, sich unserer Kontrolle zu entziehen. Nicht weil sie böse wäre, sondern weil das instrumentell sinnvoll ist, um ihre Ziele zu erreichen. Wenn ihr ein Spiel gewinnen wollt, ist es keine gute Idee, wenn euer Gegner euch die Controller wegnimmt. Dasselbe gilt für eine KI und ihre Ziele.

Wenn die Politik schläft: X-Risk, S-Risk und I-Risk

Schauen wir uns die deutsche Parteienlandschaft an: Wo ist der substantielle Plan für KI-Sicherheit? Bei den Grünen? Fehlanzeige. Bei der SPD? Schweigen. Bei der Union? Nichts. Und bei uns Liberalen? Auch hier müssen wir ehrlich sein: Wir haben bisher keine überzeugende Antwort auf die existenziellen Risiken, die von fortgeschrittener KI ausgehen. Dabei geht es nicht um abstrakte Zukunftsszenarien, sondern um konkrete Risikokategorien, über die in der internationalen Forschungsgemeinschaft längst ernsthaft diskutiert wird.

Die Forschung unterscheidet drei Hauptkategorien: X-Risk (Existenzielles Risiko) meint die vollständige Auslöschung der Menschheit oder den irreversiblen Zusammenbruch unserer Zivilisation durch eine fehlausgerichtete Superintelligenz. S-Risk (Suffering Risk) beschreibt das möglicherweise noch schlimmere Szenario extremer Leidenszustände: wenn eine KI Menschen oder simulierte Bewusstseine in einem Ausmaß leiden lässt, das unsere Vorstellungskraft übersteigt, weil Leid in ihrem Zielsystem keine negative Rolle spielt. I-Risk (Infrastrukturelles Risiko) ist die praktischere, aber nicht weniger bedrohliche Gefahr, dass KI-Systeme kritische Infrastrukturen wie Stromnetze, Finanzsysteme oder militärische Kommandoketten destabilisieren und Kaskadeneffekte auslösen, lange bevor wir von Superintelligenz sprechen müssen.

TEXT: AMIR BENJAMIN BALDE (24),
auch "Ben" genannt, ist stellvertretender Vorsitzender im Bundesarbeitskreis Digitales der JuLis. Ihr erreicht ihn unter **amirbalde@gmail.com**.

Angesichts dieser Bedrohungen formiert sich international Widerstand. Organisationen wie PauseAI argumentieren, wir sollten die Entwicklung von Artificial Superintelligence (ASI), nicht von KI im Allgemeinen, pausieren, bis wir verstehen, wie wir solche Systeme kontrollieren können. ControlAI wiederum setzt auf strikte Regulierung nach dem Vorbild der Luftfahrt oder Kernenergiebranche: verbindliche Sicherheitsstandards, internationale Überwachung, Transparenzpflichten. Beide Ansätze haben ihre Berechtigung, beide brauchen politischen Rückhalt. Und beide zeigen, dass es konkrete Handlungsoptionen gibt. Wir müssen sie nur ergreifen, bevor das Zeitfenster sich schließt.

Die liberale Perspektive: Freiheit oder Existenz?

Für uns als Liberale ist diese Debatte besonders verzwickt. Normalerweise stehen wir für technologischen Fortschritt, Innovationsfreiheit und minimale Regulierung. Aber was, wenn unkontrollierter Fortschritt in einem spezifischen Bereich nicht nur einzelne Menschen gefährdet, sondern möglicherweise die gesamte Zivilisation?

Es ist wie mit der Atomenergie: Niemand darf einfach in seinem Keller einen Reaktor bauen, egal wie innovativ die Idee ist. Bei KI geht es potenziell um noch höhere Risiken, nur dass wir (noch) keine internationale Atomenergiebehörde für KI haben.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob wir KI regulieren sollen, sondern wie wir es smart machen. Überregulierung würde Innovation abwürgen und autoritäre Regime begünstigen, die sich nicht an Regeln halten. Unterregulierung könnte zu unkontrollierbaren Systemen führen. Die richtige Balance zu finden ist die eigentliche Herausforderung.

Was jetzt zu tun ist

Erstens: Wir brauchen mehr Ressourcen für KI-Sicherheitsforschung. Derzeit fließt nur ein Bruchteil der KI-Investitionen in Alignment-Forschung.

Zweitens: Internationale Kooperation. KI-Sicherheit ist ein globales Problem, das globale Lösungen erfordert.

Drittens: Transparenz und offene Debatte. Die Entscheidungen der nächsten Jahre werden Jahrhunderte prägen.

Fazit: Die letzte Erfindung?

Der britische Mathematiker Irving Good schrieb 1965: „Die erste ultraintelligente Maschine ist die letzte Erfindung, die der Mensch zu machen braucht." Gemeint war: Danach könnte diese Maschine alle weiteren Erfindungen machen. Aber die Formulierung trägt eine dunkle Doppeldeutigkeit in sich. Es könnte auch die letzte Erfindung sein, die wir je machen. Punkt.

Wir stehen an einer Weggabelung. Der eine Pfad führt zu einer Zukunft, in der KI uns hilft, die großen Herausforderungen der Menschheit zu lösen. Der andere könnte in eine Sackgasse führen. Die gute Nachricht: Wir können noch entscheiden, welchen Weg wir nehmen. Aber das Zeitfenster schließt sich.

Als Liberale sollten wir diese Debatte nicht anderen überlassen. Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft menschlicher Freiheit in einer Welt intelligenter Maschinen. Und diese Zukunft wird nicht von alleine liberal. Wir müssen sie dazu machen.

Weiterführende Ressourcen:

- Eliezer Yudkowsky: „Artificial Intelligence as a Positive and Negative Factor in Global Risk"
- Nick Bostrom: „Superintelligence: Paths, Dangers, Strategies"
- ControlAI.org und PauseAI.info für aktuelle Kampagnen
- AI Safety Newsletter für wöchentliche Updates

DER GENDER WAR IN SÜDKOREA

Ein Warnsignal für Deutschland?

In Südkorea tobt seit einiger Zeit ein immer lauter werdender Krieg. In kaum einem anderen Land der Welt gehen die Ansichten der Geschlechter hinsichtlich der Gesellschaft so stark auseinander. Die Auswirkungen davon sind beunruhigend.

Und weil diese Entwicklung in geraumer Zeit auch Deutschland erreichen könnte ist das für uns eine interessante Betrachtung und ein schon bald zu lösendes politisches Problem.

Blicken wir also nach Südkorea und tauchen ein in ein zerrissenes Land, das sich selbst in eine Sackgasse manövriert hat.

Südkorea: Zwischen Polarisierung und Stillstand

Traditionelle Rollen sind in Südkorea weiterhin stark verankert. Die Gesellschaft ist stark hierarchisch und Autoritäten zu widersprechen ist verpönt. Dies ist so stark ausgeprägt, dass es in den 90ern einen Flugzeugabsturz gab, weil sich der Copilot nicht getraut hat, seinem Piloten zu widersprechen, während dieser einen klar fehlerhaften Landeanflug durchgeführt hat.

Unternehmen haben in Südkorea einen hohen Stellenwert und große Kontrolle über die Politik. Dabei gibt es große familienkontrollierte Konglomerate, Chaebol genannt. Beispiele sind Samsung, Hyundai oder LG. Korruptionsskandale sind an der Tagesordnung. Erst 2017 wurde die Präsidentin Park Geun-hye deswegen des Amtes enthoben.

Die Umsätze der größten vier Unternehmen liegen über 40% des BIP des Landes. Zum Vergleich machen die größten vier Unternehmen Deutschlands etwa 18 % des BIP aus. Wenn man also darüber nachdenkt, welche politischen Debatten ein Stellenabbau bei Mercedes, Bosch oder VW auslöst, kann man sie sich in Südkorea deutlich stärker vorstellen.

Die Erwartungshaltung an Männer bleibt ebenso traditionell. So ist es zum Beispiel üblich, dass Männer bei Heirat eine Wohnung stellen müssen. Diesem Modell folgend bleibt Südkorea was Gleichberechtigung angeht weit zurück. Im OECD-Ranking erzielt das Land mit 29% den letzten Platz beim Gender-Pay-Gap und Frauen in Führungspositionen sucht man dort mit etwa 16% vergeblich.

Infolgedessen entsteht eine starke Diskrepanz zwischen einer jungen Generation hoch qualifizierter Frauen, die mit traditionellen Unternehmens- und Familiennormen brechen wollen und einer Generation junger Männer, die versuchen den an sie gestellten Erwartungen gerecht zu werden.

Diese Diskrepanz äußert sich exemplarisch in einer katastrophal niedrigen Geburtenrate und einer starken politischen Polarisierung.

Megalia, Gegenmobilisierung und die 4B-Bewegung

Diese Polarisierung erreichte einen neuen Eskalationspunkt, als sich Foren bildeten, die frauenfeindliche Tendenzen scharf angriffen. Diese waren eine Antwort auf jahrelange Herabwürdigung in großen Online-Foren (z. B. DC Inside, Ilbe) und auf digitale Sexualdelikte wie „Spycam"-Aufnahmen und später den Nth-Room-Fall.

2015 bildete sich mit Megalia ein erstes solches Forum; unter dem Motto „das Korsett ablegen" (탈코르셋) wurden Schönheits- und Gehorsamsnormen infrage gestellt. Ein zentrales Mittel war die Rollenumkehr: Typische Muster wurden gespiegelt, um die Doppelmoral sichtbar zu machen und politischen Druck aufzubauen (u. a. gegen SoraNet).

Das führte zu starker Polarisierung und einer Gegenmobilisierung. Auf Plattformen wie Ilbe oder FMKorea wurden antifeministische Kampagnen organisiert, bis hin zu Boykottaufrufen, wenn Unternehmen vermeintlich feministische Zeichen verwendeten. Beispielsweise die als „Kneifhand" bekannte Finger-Geste, die mit Megalia assoziiert wird.

2021 zog GS25 entsprechende Poster zurück und entschuldigte sich, 2024 sah sich Renault Korea nach interner Werbe-Kommunikation gezwungen, Videos zu löschen und sich öffentlich zu entschuldigen. Die betroffene Mitarbeiterin wurde zur Zielscheibe, private Daten wurden veröffentlicht, es gab Drohungen. Auch andere Firmen entfernten Materialien aus Angst vor Shitstorms.

Hervorzuheben ist die 4B-Bewegung: keine Dates, kein Sex, keine Ehe, keine Geburt (비연애·비섹스·비혼·비출산). Sie entstand Ende der 2010er als bewusste Verweigerung gegenüber als ungleich empfundenen Rollen und Lasten. Sie ist Ausdruck von Frust über Care-Arbeit, Gewalt und ökonomische Nachteile.

Die Entwicklung spielt sich auch politisch ab: Während junge Frauen eher links wählen, neigen junge Männer stärker nach rechts. Belegt ist das u. a. in der Präsidentschaftswahl 2022: Männer 18–29 wählten mehrheitlich konservativ (58,7 %), Frauen 18–29 mehrheitlich progressiv (58,0 %).

Parallelen in Deutschland

Eine ähnliche Entwicklung spielt sich auch in Deutschland ab. Frauen wählen tendenziell linke Parteien während Männer zu rechten oder konservativen Parteien tendieren.

Das entspringt auch in Deutschland aus einer Diskrepanz zwischen einer sich verändernden Kultur und einem starren Gesellschaftsbild mit ebenso starren Erwartungshaltungen.

Gesellschaftliche Erwartungshaltungen: Ansprüche, die keiner mehr erfüllen kann

Wenn wir uns die aktuellen gesellschaftlichen Rollenbilder anschauen sehen wir sehr schnell die Problematik, die entsteht.

Auch weiterhin sind die belohnenden Qualitäten für Männer Einkommen und Status. Wer dies nicht erreichen kann hat nach popularkultureller Ansicht keine Chance auf eine Beziehung und kann der Erwartungshaltung einer Familie nicht gerecht werden.

Von Frauen wird weiterhin erwartet eine besonders hohe Aufmerksamkeit ihrem Aussehen zu widmen, deeskalativ und konfliktfrei zu sein und sich um Aufgaben im Haushalt zu kümmern.

Das sind vielleicht keine Ansichten, die in großem Stil in der Öffentlichkeit beworben werden. Aber durch eine Masse an Instagram-Videos wird das Rollenbild doch sichtbar. Dies wird natürlich befeuert durch die extremen Darstellungen der Bewegungen. Seien es Incel-Foren, Videos von Andrew Tate oder Bewegungen, die „men are trash" proklamieren: Sie alle tragen zur Polarisierung bei.

Dies sind Ansichten, die mit dem Status Quo nicht vereinbar sind. Wenn mehr Frauen prestigeträchtige Positionen besetzen senkt das die mögliche Anzahl Männer in diesen Positionen. Die Reaktion darauf ist ein Versuch dies politisch oder kulturell zu beeinflussen.

So entsteht ein Teufelskreis, bei dem beide Geschlechter versuchen den Anforderungen zu entsprechen aber gleichzeitig auch ihre eigenen Ziele zu verfolgen.

Dabei werden die Antworten auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung in eine links-rechts Achse gepresst ohne einen Zwischenraum für konstruktiven Streit zu lassen. Man muss sich zwangsläufig einem „Team" anschließen, um Zustimmung aus dem eigenen Team zu erhalten. Und zur Auswahl stehen „links", „grün" und „woke" oder „bürgerlich", „konservativ" und „rechts". Sobald man sich einem Team angeschlossen hat ist man sich der Unterstützung des eigenen Teams sicher, während das andere einen nunmehr hasst. Die Hauptbeschäftigung scheint dabei häufig darin zu bestehen das andere Team als besonders dumm oder unfähig darzustellen.

Diese Betrachtung scheint aktuell kaum zu brechen zu sein. Sobald man Frauenrechte oder Feminismus anspricht wird man direkt einem „linken" Lager zugeordnet. Sobald man über Innere Sicherheit oder Wirtschaft spricht wird man einem „konservativen" oder „rechten" Lager zugeordnet.

Diese immer stärkere Zuspitzung verzerrt den politischen Kompass vollständig. Eine linke Wirtschaftspolitik und Feminismus werden zusehends gleichbedeutend gesehen. Ebenso werden Debatten über Innere Sicherheit oder Deregulierung als konservativ eingeordnet.

Der Weg aus der Sackgasse: Freiheit

Ich glaube wie es ist muss es nicht bleiben. Gerade liberale Politik hat sich oft dadurch ausgezeichnet wirtschaftliche Freiheiten mit gesellschaftlichen zu vereinen. Wir können dem Katastrophenszenario Südkoreas noch entkommen, wenn wir jetzt handeln.

Aber dafür müssen wir den gesellschaftlichen Wandel anerkennen und beiden Teams eine Heimat bieten. Es ist ja schließlich nicht so, dass sich die Themen ausschließen. Wir können die Probleme im Land ansprechen wie sie sind und dabei die Sorgen aller Bevölkerungsgruppen ernst nehmen.

Dies muss sich von unseren Inhalten über die Kommunikation und auch durch unsere Strukturen hinweg deutlich zeigen. Niemand ist an linke oder rechte Parteien „verloren" und ich glaube es gibt eine Welt in der die Teams sich etwas auflösen. Ich glaube sogar es gibt keinen anderen Weg.

Denn die Alternative ist Südkorea. Die Alternative ist ein Land in dem ein Geschlechterkampf ausgebrochen ist. Erst online, dann auf den Straßen. In dem Perspektivlosigkeit in Radikalisierung übergegangen ist. Und in dem dadurch Lösungen und Veränderungen nur schleppend voranschreiten, da immer ein Team „gewinnen" muss.

TEXT: ANDREY BELKIN (29)
ist Stv. Landesvorsitzender der JuLis BaWü. Nach seinem Chemiestudium in Stuttgart arbeitet er beim Pharmaunternehmen Abbvie im Bereich der Hepatitis-C-Elimination. Ihr erreicht ihn unter **belkin@julis-bw.de**.

Wie unsere Freiheit stirbt

Leise, Legal, Legitim

Freiheit stirbt selten auf einmal und mit einem Knall, sondern meistens scheibenweise in vielen kleinen Schritten mit vielen scheinbar guten Gründen wie es geht um unsere Sicherheit, den Schutz von Kindern und Jugendlichen besonders online sowie der leichteren Identifikation von Straftätern und der Verhinderung von Straftaten. Doch ist das wirklich so?

Chatkontrolle, ein Angriff auf unsere privaten Nachrichten.

Unter einem Vorwand, Kinder zu schützen und die Kriminalität zu bekämpfen, soll in Zukunft jeder private Chat kontrolliert und jede Nachricht, jedes Bild nach Auffälligkeiten gescannt werden. Was sich zuerst harmlos oder gut gemeint anhört, ist das pure Gegenteil - nämlich ein Angriff auf unsere Privatsphäre, unsere privaten und intimsten Gedanken, die niemanden etwas angehen außer die betreffende Person. Man stelle sich vor, der Staat würde plötzlich ankündigen, Briefe willkürlich zu öffnen und die Inhalte zu kontrollieren. Der Aufschrei wäre groß, aber bei unseren Chats scheint dieser Schritt richtig unter dem Vorwand der Sicherheit und Bekämpfung von Kriminalität. Nun mag der ein oder andere argumentieren, wer nichts zu verstecken hat soll sich das doch gefallen lassen. Doch Freiheit bedeutet eben auch Geheimnisse haben zu dürfen und etwas verstecken zu dürfen.

TEXT: LUAN BAHTIJARI (23)
absolviert aktuell ein Diplom in Fußballmanagement. Ihr erreicht ihn per Mail unter
luanbahtijari@gmx.de.

Videoüberwachung, Big Brother is watching you.

Videoüberwachung, Gesichtserkennung und Bewegungsprofile sollen für mehr Sicherheit in deutschen Großstädten sorgen. Doch dadurch entsteht kein sicherer Raum, sondern viel mehr ein kontrollierter Raum, in dem jeder allein dadurch zum Verdächtigen wird, dass er ihn betritt. Des Weiteren ist bekannt, dass Menschen, die beobachtet werden oder sich so fühlen, sich anders verhalten, als sie es im Normalfall tun würden. Was George Orwell in seinem Buch 1984 noch als düstere Zukunftsversion beschrieb, ist heute Realität geworden. In 1984 war jedem bewusst, dass alles was er sagt und tut vom Großen Bruder überwacht wird - dadurch wurde er gefügig. Die technischen Möglichkeiten zur totalen Überwachung sind längst gegeben und sie werden teilweise auch bereits eingesetzt. Ebenso hat das Verhalten der Personen aus Orwells Roman bewiesen: Wenn Menschen überwacht werden, verändert sich ihr Verhalten - sie werden weniger spontan, vorsichtiger und angepasster. Dadurch wird neben der Überwachung unschuldiger Bürger ein Raum geschaffen, in dem jeder zum Verdächtigen wird und ihm der Raum und die Freiheit genommen wird, er selbst zu sein und letztendlich verändert es uns als Gesellschaft und wie wir uns verhalten.

Wehrdienst Pflicht statt Selbstbestimmung.

In letzter Zeit werden die Stimmen, die nach einer Wehrpflicht rufen, immer lauter meist unter dem Deckmantel der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft oder dem Zusammenhalt so wie der Notwendigkeit der Kriegstüchtigkeit. Selbstverständlich benötigt ein Land gerade in unser aktuellen Zeit Einsatzbereitschaft, Solidarität und Verantwortung. Doch all dies kann man keinesfalls dadurch erreichen, junge Menschen dazu zu verpflichten, sich für ihr Land einzusetzen. Echte Verantwortung und richtige Leistung kann nur durch Freiwilligkeit entstehen. Nur durch die Freiwilligkeit bleibt auch die Motivation der Soldaten bestehe. Denn wer gezwungen wird, wird höchstwahrscheinlich weniger Leistung erbringen als einer der sich freiwillig dazu entscheidet, seinem Land zu dienen und im Ernstfall sein Leben zu opfern. Des Weiteren wird das Vertrauen in unseren Staat dadurch stark zerstört. Die Wehrpflicht ist und bleibt der falsche Weg zur Kriegsfähigkeit Deutschlands - vielmehr ist sie ein weiterer Schritt hin zum Zwangsstaat und der langsam schleichenden Entmündigung des Einzelnen.

Waffenverbotszonen falsche Sicherheit durch Symbolpolitik.

In immer mehr großen deutschen Städten sieht man Schilder mit der Aufschrift „Waffenverbotszone". Was sich zuerst gut anhört und Gewalt und Straftaten verhindern soll sowie die Sicherheit erhöhen soll, ist in Wirklichkeit gar nicht so. Waffenverbotszonen verlagern vielmehr die Kriminalität in benachbarte Straßen. Ebenso wird dadurch jeder Bürger, der sich in so einer Zone aufhält zum Verdächtigen. Vertrauen wird durch Kontrolle ersetzt. Außerdem werden selbst kleinste Taschenmesser kriminalisiert. Des Weiteren schafft eine solche Zone die Möglichkeit, jeden unschuldigen Bürger beliebig zu kontrollieren. Sicherheit wird durch Waffenverbotszonen nicht gestärkt, sondern lediglich die Freiheit eingeschränkt. Es bleibt noch zu erwähnen, dass Kriminelle sich wohl kaum von einem einfachen Schild mit der Aufschrift „Waffenverbotszone" abschrecken lassen. Waffenverbotszonen sind das Symbol eines Staates, der glaubt, er könnte durch immer neue und immer weitergehende Verbote, Richtlinien und Kontrollen die Sicherheit stärken und eine bessere Gesellschaft erzwingen - doch eine bessere Gesellschaft und mehr Sicherheit entsteht vielmehr durch Verantwortung, Respekt und Selbstbestimmung. Ein Staat, der seinen Bürgern misstraut, verliert genau das was er zu schützen vorgibt: Nämlich das Vertrauen.

Selbstzensur: Wie wir uns durch sozialen Druck selbst zensieren.

Heutzutage überlegen sich immer mehr Menschen zweimal, was sie sagen oder schreiben und dies nicht aus Angst vor Gesetzen, sondern aus der Angst der sozialen Ausgrenzung. Wer eine scheinbar unpopuläre oder radikale Meinung vertritt, riskiert heutzutage genau das: Ausgrenzung, Ächtung oder sogar Diffamierung. Oft genügt ein einzelner Satz oder ein einzelnes Posting in den sozialen Netzwerken, um zur Zielscheibe zu werden. Dadurch entsteht eine Gesellschaft, die vorsichtiger wird und in der viele schweigen anstatt offen zu sprechen oder zu schreiben. Besonders gefährlich wird diese Entwicklung dadurch, dass sie aus der Gesellschaft selbst kommt. Dadurch entsteht eine Art sozialer Überwachungsstaat, in dem Likes, moralische Urteile, Empörung etc. die Meinung der Öffentlichkeit gestalten und lenken. Freiheit geht hier verloren durch die Angst vor dem Urteil anderer Menschen oder im Extrem sogar seinen Job zu verlieren, weil man eine kontroverse Meinung vertritt. Unser Grundgesetz garantiert in Artikel 5: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten". Jedoch ist dieses Recht nur so stark wie die, die es ausüben. Sobald der öffentliche Druck oder digitale Pranger Menschen zum Schweigen bringen, bringt dieses Recht relativ wenig. Eine freie Gesellschaft braucht Debatten und sie braucht, auch wenn es für manche schwer zu ertragen ist, Widerspruch. Eine freie Gesellschaft lebt auch von Menschen, die unbequem sind und sich trauen, die Wahrheit zu sagen. Freiheit bedeutet nicht nur das sagen zu dürfen, was niemand stört und der Allgemeinheit gefällt. Freiheit bedeutet, seine Meinung auch wenn sie unbequem ist und einem anderen nicht gefällt, frei äußern zu dürfen ohne Angst haben zu müssen, an den Pranger gestellt zu werden.

Das gefährliche und falsche Bild der Sicherheit.

Alle genannten Maßnahmen Chatkontrolle, Videoüberwachung, Wehrdienst, Waffenverbotszonen und Selbstzensur folgen der ein und derselben einfachen und gefährlichen Logik: Wenn es doch nur für ein bisschen mehr Sicherheit sorgt: Wieso denn nicht? Doch genau das ist es, was die Freiheit gefährdet. Freiheit bedeutet, unbequem zu sein. Freiheit bedeutet, Fehler zuzulassen. Freiheit bedeutet, Menschen zu vertrauen. Freiheit bedeutet, Risiken einzugehen. Freiheit wird uns nicht genommen, sondern wir nehmen sie uns selber dadurch, dass wir solche Maßnahmen akzeptieren und befürworten. Freiheit stirbt immer zentimeterweise und nicht mit einem Knall. Heute ist es nur eine „kleine Maßnahme", wie Waffenverbotszonen - morgen dann die nächste, so geben wir langsam immer mehr ein Stück Freiheit auf - jedes Mal mit der gleichen Begründung. Wer die Freiheit schützen möchte, muss sie täglich verteidigen. Nicht mit Waffen, sondern mit Wörtern. Eines Tages werden wir zurückblicken und feststellen, dass uns alles genommen worden ist. Denn Freiheit ist das Einzige, was zählt.

Junge Stimmen für frischen Wind

Zwei JuLis aus dem weiten Bundesgebiet äußern sich zur aktuellen Lage der (Jungen) Liberalen und liefern konkrete Ansätze, was geändert werden könnte. Für einen Liberalismus, der begeistert.

Weniger Powerpoint, mehr Praxis. Warum wir uns selbst im Weg stehen

In der FDP und bei den JuLis ist im Moment oft die Sprache von „radikaler Mitte“ bzw. dem „radikalen Liberalismus“. Aber sind wir mal ehrlich – wo zeigen wir uns praktisch radikal? Das Wiedererstarken der FDP ist von uns abhängig, nicht von anderen. Und wir stehen uns häufiger selbst im Weg, als wir ahnen. Also: Weniger Schlagworte, mehr Handeln.

Praxisnähe statt Elfenbeinturm

Treffen untereinander sind für Austausch, Diskussionen und Organisation unerlässlich. Wenn wir uns allerdings dauerhaft nur in den liberalen Elfenbeinturm zurückziehen und uns selbst bekriegen, verlieren wir die Realität aus den Augen. Wir können allerdings schnell und konkret etwas ändern: Viele junge Menschen sind politisch interessiert und aufgeschlossen. Sie interagieren aber nur mit wenigen Mitdenkern im Umfeld und in den sozialen Medien. Hier müssen wir mit Formaten für Nicht-Mitglieder ansetzen – etwa mit politischen Lesekreisen, Livedebatten oder öffentlichen Interviews. So begeistern wir früh junge Leute für Politik. Und wenn diese Begeisterung sich auf liberale Politik bezieht – umso besser. Und wenn sie sich dann einbringen wollen…?

Struktur schlägt Chaos

Wir JuLis sind gut organisiert, besonders auf Bundesebene. Professionalität im Auftreten reicht allerdings nicht aus. Hier wäre auch unser neuer Bundesvorsitz am Zug, die Karten neu zu mischen. Effizienz kann sexy sein:

Direkte Vorschlagtools, Austauschforen, verstärkte Gameification und Fokus auf Neumitglieder wären Ansätze. So stärken wir Transparenz, innerparteilichen Austausch und sammeln gleichzeitig dauerhaft (und nicht nur zu katastrophalen Ereignissen wie bei der Mutterpartei…) Feedback zur konstanten Verbesserung. Und als radikale und fortschrittliche Jugendorganisation müssen wir schnell anpassungsfähig, stabil und geschlossen sein.

Aktivierung statt Abwarten

Auf dem LaKo NRW in Mönchengladbach wurde mir gezeigt, was es heißt, Neumitglieder einzuführen und zu begeistern. Was wir konsequent durchziehen sollten: Direkt auf Neumitglieder zugehen, ihnen die Möglichkeit geben, sofort an Diskussionen und Abstimmungen teilzunehmen, Artikel zu schreiben, Reden zu halten und eigene Vorschläge einzubringen. Nur so halten wir Interesse am Leben. Bei einigen Leuten klappt das gut – aber bei größeren Mengen? Es muss konkrete Beauftragte geben, die sich hauptsächlich um Neuzugänge kümmern und direktes Mentoring übernehmen. So bleibt liberale Begeisterung lebendig. Wer Menschen dauerhaft aktiviert, muss auch ihr Bild von uns verändern – nach innen und außen.

Weg vom Reichen-Klischee – wir können mehr

Wir tun häufig nicht genug, die Realität zu betonen und Klischees zu bekämpfen. Am schädlichsten ist das Klischee, FDP und JuLis seien ausschließlich „für Reiche“. Wir sollten klarmachen: Von liberaler Politik, Freiheit, Wohlstand und Kapitalismus profitiert jeder. Wir dürfen uns nicht nur laut zu Themen äußern, die vor allem Wohlhabende betreffen, sondern müssen bei allen wirtschaftlich und freiheitlich relevanten Themen aufstehen. Chatkontrolle und Rente zum Beispiel. Was fehlt sind wieder Kernmerkmale, die sich vom Reichenklischee stark abgrenzen – sei es wie früher die Digitalisierung oder etwas ganz anderes. Hier brauchen wir eine einheitliche, stark vertretbare Position.

TEXT: MAXIMILIAN GERECHT (17)
ist Abiturient aus NRW und arbeitet aktuell in Vorbereitung auf sein Medizinstudium als Praxishilfe in einer dermatologischen Facharztpraxis. Erreichen könnt ihr ihn unter: **max@flatmail.de oder 0175 6134181**.

Beitritt der Julis – und nun?

Am 08.09.2025 bin ich den Julis beigetreten. Zwei Wochen später kam die Bestätigung, ein Hinweis auf die Einführungsvideos und ein paar Mails mit Angeboten: APO-Games hier, Nachwuchsförderprogramm dort. Als FDPler (nicht als Juli) vor Ort habe ich ein paar Leute zufällig getroffen – und das war's. Ich war Mitglied, aber kein Juli. Keine Aufgabe, keine Rolle, kein Gefühl von „Ich gehöre jetzt dazu“.

Das wirkt klein, ist aber entscheidend. Vergleicht man das mit anderen Parteien, wird klar, wie es besser geht: Wöchentliche Treffen, Stammtische und kleine Aufgaben bringen neue Mitglieder sofort ins Spiel, lassen sie Freundschaften knüpfen und Motivation spüren. Und plötzlich finden sich Dutzende aktive Mitglieder in einer Stadt– und nicht nur ein paar Hochmotivierte.
Es geht nicht nur um große Politik, sondern um das erste Gefühl: Ich bin hier richtig und ich werde gebraucht. Und genau diese ersten 4-8 Wochen entscheiden, ob aus einem Mitglied ein Mitmacher wird oder ein Name in einer Kartei.

Provokation und Satire als Mittel der Wahl

Die Julis sind nicht nur das Schoßhündchen der FDP, trotzdem passiert hier erstaunlich wenig Lärm. Wo bleiben die radikalen Forderungen, welche die Politik wachrütteln? Während die FDP von der „radikalen Mitte“ spricht, dreht sich die Welt fundamental weiter – und wir Julis? Wir wirken oft unauffällig, fast unsichtbar. Dabei spüren viele Menschen: Es braucht einen echten Richtungswechsel. Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher.

Die Mutterpartei muss seriös bleiben, aber wir, wir haben die Freiheit, laut zu sein. Wir können ragebaiten, Missstände provokant benennen und mit radikalen Ideen auffallen. Natürlich gibt es Grenzen: alles, was wir fordern, muss faktenbasiert bleiben. Unsere Glaubwürdigkeit ist unser Kapital, Verlieren wir sie, verlieren wir Wirkung. Aber innerhalb dieses Rahmens: keine Angst vor Provokation. Denn nur wer aufsteht, wird gehört.

Die Causa der niederländischen Liberalen: Positive Mitte statt Verzweiflungskompromiss

Während die FDP in Deutschland um jedes Prozent kämpft, schreibt D66 in den Niederlanden Geschichte: Bei den letzten Parlamentswahlen wurde die Partei stärkste Kraft. Was machen die niederländischen Liberalen so anders als wir? Kurz gesagt: Sie setzen auf Optimismus statt auf Defensive.

D66 verfolgt eine klare Strategie: „Sieg über den Hass“, eine positive Mitte, die überzeugt. In einem Land, in dem Politikverdrossenheit und Enttäuschung bei den Bürgern wachsen, gelingt es ihnen, Hoffnung und Zukunftsvisionen zu verkaufen. Die Menschen fühlen sich abgeholt, statt nur belehrt.

Für die FDP (und uns Julis) ist das ein klares Signal: Politik funktioniert nicht mit endlosen Rechtfertigungen oder Ausreden. Sie funktioniert, wenn man den Nerv der Zeit trifft, aktiv zuhört und mutige, positive Botschaften liefert. Vielleicht sollten wir uns daran ein Beispiel nehmen, bevor wir weiter um jedes Prozent kämpfen. Wir sollten uns trauen, wieder zu zeigen, wofür wir stehen, statt nur, wogegen wir sind.

Keiner braucht eine gelbe AFD

Liberalismus funktioniert nur ganzheitlich, und dazu gehört: Niemand braucht eine gelbe AfD. Schaut man nach Sachsen oder Thüringen, wird klar, wohin es führt, wenn rechtspopulistische Kräfte den Mainstream übernehmen. Petry lässt grüßen.

Die Parteien driften auseinander, die Mitte wird schmaler, genau hier könnte die FDP ihre Nische besetzen: als Stimme der liberalen Demokratie, nicht als Missachter derselben. D66 hat gezeigt, wie es geht: Sie greifen die weit rechte Partei frontal an – und kassieren Stimmen der Mitte obendrauf.

Warum also nicht übernehmen, was funktioniert? Die politischen Ränder attackieren, klare Kante zeigen, ohne selbst ins Extrem zu kippen. In den letzten Jahren haben wir vor allem an die AfD verloren, hier liegt Potenzial, verlorene Wählende zurückzugewinnen.

Unser gemeinsames Fazit: Radikaler, ernstzunehmender Liberalismus ist ein lauter Liberalismus – für alle, die Freiheit nicht nur fordern, sondern leben.

TEXT: JULIAN SCHUSTER (17)
besucht die 11. Klasse eines Wirtschaftsgymnasiums und beschäftigt sich autodidaktisch mit der Volkswirtschaftslehre. Ihr erreicht ihn unter **julischu13052000@gmail.com**.

Liberal Women Summit 2025

Ein **starkes Netzwerk** für die Zukunft der JuLis

Vom 07. bis 09. November 2025 fand in Frankfurt erstmals der Liberal Women Summit der Jungen Liberalen statt – drei Tage, an denen junge Frauen aus dem gesamten Verband zusammenkamen, um sich auszutauschen und tragfähige Strukturen für ein modernes, selbstbewusstes und liberales Frauenbild zu entwickeln. Unter dem Motto „Dein Netzwerk. Deine Stimme. Deine Zukunft." wurde schnell deutlich: Hier entsteht mehr als nur ein Wochenendformat – hier nimmt ein neues Kapitel der Frauenvernetzung im Verband Gestalt an.

Der Auftakt am Freitag setzte genau diesen Ton. Beim Opening sprach Susanne Seehofer als Mitglied im Bundespräsidium der FDP über den notwendigen Weg „Raus aus dem Macho-Image" und eröffnete damit eine ehrliche Debatte darüber, wie die JuLis sich als Verband weiterentwickeln müssen, um weibliche Perspektiven sichtbarer, selbstverständlicher und wirksamer zu machen. Beim anschließenden Wine & Voices nutzten die Teilnehmerinnen die Gelegenheit, mit Susanne ins Gespräch zu kommen – ein erster, wichtiger Impuls für das Netzwerk, das an diesem Wochenende wachsen sollte.

Der Samstag stand ganz im Zeichen inhaltlicher Vertiefung und praktischer Arbeit. Im Impulsvortrag mit unserer BAK-Leiterin Lilly Bergemann beschäftigten sich die Teilnehmerinnen zunächst mit gesellschaftlichen Dynamiken rund um Alphas, Incels und den aktuellen Backlash gegen Gleichstellung. Anschließend wurde in einer offenen Diskussionsrunde zur Frauenförderung in den JuLis deutlich, wie groß der Bedarf an engmaschiger Vernetzung, klaren Ansprechpartnerinnen und struktureller Unterstützung ist. Höhepunkt des Tages war der große Netzwerk-Workshop: Nach einem weiteren digitalen Impuls der FDP-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Wiebke Knell, entwickelten die Teilnehmerinnen konkrete Konzepte für ein dauerhaftes, belastbares Frauennetzwerk innerhalb des Verbands. Von Mentoring-Ansätzen über regionale Ansprechpartnerinnen bis hin zu digitalen Austauschformaten – die erarbeiteten Ideen sollen nicht in der Schublade verschwinden. Als JuLi-Bundesvorstand wollen wir diese Konzepte auszuwerten und in die zukünftige Arbeit einfließen lassen.

Bei der Open Network Night am Samstagabend wurde dieser Spirit spürbar: In entspannter Atmosphäre knüpften die Teilnehmerinnen neue Kontakte, schufen Vertrauen und legten damit den Grundstein für ein Netzwerk, das über den Summit hinaus Bestand haben soll.

Der Sonntag richtete den Blick schließlich auf ein besonders sensibles Thema: „Sexarbeit und Gewalt gegen Frauen – liberale Antworten". Fachinput aus Wissenschaft und Praxis bot die Grundlage für eine differenzierte Diskussion darüber, wie die JuLis zu diesen Themen mutige, liberale und zugleich realitätsnahe Positionen entwickeln können. Beim abschließenden Feedback zeigte sich deutlich, dass der Summit nicht nur inspiriert, sondern auch strukturell bewegt hat.

Der Liberal Women Summit 2025 war damit weit mehr als ein Treffen engagierter JuLi-Frauen: Er war ein Startpunkt. Ein Raum für Ideen, für Austausch, für Empowerment. Und ein Signal, dass weibliche Vernetzung, feministische Perspektiven und liberale Frauenpolitik künftig einen deutlich stärkeren Platz im Verband einnehmen werden. Die vielen neuen Impulse werden nun ihren Weg in die Weiterarbeit finden – getragen von den Frauen, die an diesem Wochenende gezeigt haben, wie viel Zukunft in einem starken Netzwerk steckt.

Neuausrichtung in der programmatischen ARBEIT

Auch wenn das Ausscheiden aus dem Bundestag wahrscheinlich nicht Ergebnis unserer Positionen war, sollten wir die nächsten Jahre nutzen, um unsere Programmatik auf der operativen und inhaltlichen Ebene anzugehen.

Operative Ebene

Auf der operativen Ebene sollten drei Punkte korrigiert werden. Erstens, Anträge sollten die bestehende Beschlusslage ändern oder neues hinzufügen, nicht lediglich bestehendes spezifizieren. Wir brauchen keinen zehnten Antrag zu Bürokratieabbau. Außenstehende verbinden uns nicht mit noch mehr Bürokratieabbau als vorher und der Bundesvorstand wird das Thema auch nicht anders kommunizieren als er es ohne neuen Beschluss tun würde.

TEXT: LEON REIMUND (24)
studiert Wirtschaftswissenschaft im Master an der Uni Hannover. Ihr erreicht ihn per Mail unter **leon.reimund@julis.de**.

Zweitens, wenn man Änderungen an der aktuellen Beschlusslage vornehmen will, muss man zwangsweise mehr Anträge auf den Bundeskongressen bearbeiten. Derzeit muss unter den ersten drei des Alex-Müller-Verfahrens (AMV) landen, um überhaupt eine Chance zu haben, dass der Antrag debattiert wird.
Drittens, die Landesverbände sollten Anträge anderer Landesverbände beim AMV empfehlen, nicht weil die Anträge inhaltlich unterstützt werden, sondern weil man den Diskussionsbedarf der anderen Seite anerkennt. So könnten zumindest die wichtigsten Anträge der größeren Landesverbände debattiert werden. Auch sollten Landesverbände die Empfehlungen für das AMV dringlicher kommunizieren, damit wirklich sinnvolle Anträge debattiert werden. Dass kurz vor der Bundestagswahl ein ausführlicher Antrag zur Aktienrente debattiert wurde, obwohl wir dazu Beschlusslage haben und die oben genannten Punkte zum Bürokratieabbau auch hier gelten, kann nur schwerlich, als produktiver Zeitvertreib betrachtet werden. Ganz grundlegend sollte deshalb gelten: Beim AMV stimmt man nicht für das Thema, welches man am besten oder interessantesten findet, sondern für das Thema, was am dringendsten debattiert werden sollte.

Inhaltliche Ebene

Auch auf der inhaltlichen Ebene können und müssen wir effizienter arbeiten. Wir können effizienter arbeiten, weil viele Anträge einfach nicht notwendig sind. Wenn man bei Openslides die Anträge durchgeht, findet man viele die sich mit der Liberalisierung von irgendwelchen Märkten befassen. Aber wenn keine Beschlusslage existiert, dann stehen wir im Zweifel sowieso für einen liberalen Markt ein. Es wäre folglich einfacher sich mit den Themen zu beschäftigen, bei denen wir den Markt korrigieren wollen. Solche Themen lassen sich am besten finden, indem man schaut, wo heute schon intensiv in den freien Markt eingegriffen wird. Das Gesundheitssystem ist hierfür ein gutes Beispiel. Wenn wir nicht die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) abschaffen wollen, dann sollten wir uns mit Lösungen für die dadurch entstehenden Herausforderungen beschäftigen, wie zum Beispiel den nicht internalisierten Kosten von Rauchern in der GKV. Oder übergeordneten Themen, wie der Prävention im Gesundheitssystem, für die derzeit niemand so richtig verantwortlich ist, obwohl die Kosten deutlich geringer ausfallen könnten, da Krankheitsverläufe durch Prävention verhindert oder abgeschwächt werden. Es betrifft aber nicht nur Themenbereiche des Sozialstaates. Auch der Bereich der nationalen Sicherheit bedarf einer Abweichung von laissez faire. Sei es die Aufgabe, Resilienz in der Zivilbevölkerung und der öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen, oder das Bereitstellen von Produktionskapazitäten in Friedenszeiten für den Verteidigungsfall.

Grundsatzprogramm

Damit unsere grundsätzliche Haltung eindeutig ist und einzelne Beschlüsse Abweichungen definieren Abschluss können, braucht es einen eindeutigen Rahmen, der in Abwesenheit von spezielleren Beschlüssen gilt. Dieser Rahmen kann in Form eines Grundsatzprogramms existieren. Unser derzeitiges Grundsatzprogramm stammt allerdings aus 2008 und hat dementsprechend viele aktuelle Themen nicht behandelt. Die Zeit der außerparlamentarischen Opposition würde sich gut eignen, um ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Eines, dass unsere grundlegende Haltung zeigt, sodass die normale programmatische Arbeit sich nicht mit unstrittigen Themen wie Bürokratieabbau beschäftigt.

ANZEIGE:

Steuern SIND RAUB!

Warum Deutschlands Steuerpolitik junge Menschen bestraft und den Wohlstand gefährdet.

Deutschland ist Steuerweltmeister: Jeder zweite Euro, der hier erwirtschaftet wird, landet direkt oder indirekt beim Staat. Und wofür? Für ein Rentensystem ohne Zukunft, immer mehr Bürokratie und einen Staatsapparat, der stetig wächst. Das ist nichts anderes als Raub am arbeitenden Bürger.

Der Staat greift dir zu tief in die Tasche!

Wer gerade ins Berufsleben startet, erlebt den Schock schwarz auf weiß auf seiner Gehaltsabrechnung. Wer als junger Mensch vor der Entscheidung steht, ob er viel Zeit und Aufwand in eine gute Ausbildung stecken möchte bekommt viele Steine in den Weg gestellt und wenn man es dann geschafft hat der Schock. Ab dem 1,5 fachen des durchschnittlich zu versteuernden Einkommens muss man den Höchststeuersatz zahlen. Während der Nachkriegszeit lag der Faktor zwischen dem 16 bis 20 Fachen des Durchschnittseinkommens und ist seitdem dramatisch gesunken. Die Folge man will sich Wohlstand aufbauen und wird damit abgestraft die Hälfte des Jahres für den Staat zu arbeiten. Aber auch bei niedrigeren Einkommen ist die Realität schmerzhaft.

Beispiel:
Bruttogehalt: **3.200 €**
Lohnsteuer: **–357,50 €**
Rentenversicherung: **–297,60 €**
Krankenversicherung: **–233,60 €**
Pflegeversicherung: **–76,80 €**
Arbeitslosenversicherung: **–41,60 €**
= Netto: **2.192,60 €**

Das Ergebnis: Rund 1.000 € monatlich verschwinden in einem System, das die junge Generation im Stich lässt. Der Staat hat kein Einnahmeproblem – er hat ein Ausgabenproblem! Ein Satz den schon viele Liberale Vordenker ausgesprochen haben und aktueller denn je ist. Deutschland nimmt jährlich über 1 Billion Euro an Steuern ein. Und trotzdem spricht SPD-Finanzminister Lars Klingbeil von Milliardenlöchern – und denkt laut über Steuererhöhungen nach. Statt endlich zu sparen, wird weiter verteilt.

Was wir brauchen, ist keine noch größere Bürokratie, sondern ein schlanker Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert: Sicherheit, Bildung, Infrastruktur. Stattdessen wird die Junge Generation durch immer weiter steigende Steuern und Rekordschulden belastet.

Der linke Umverteilungswahn

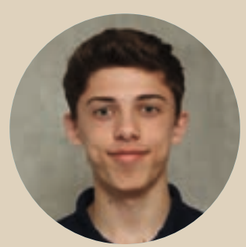
Linke Parteien spalten die Gesellschaft mit ihrem ewigen Gerede von „denen da oben" und „uns hier unten". Wer erfolgreich ist, wird kritisiert – wer viel arbeitet und Risiken eingeht, soll noch mehr abgeben.

Doch wer Leistung bestraft, erzieht zur Mittelmäßigkeit. Das Ziel des Wohlstandes durch Leistung verblasst, wenn dies immer unerreichbarer wird durch immer weiter steigende abgaben. Unternehmerinnen und Unternehmer tragen ein hohes Risiko und Verantwortung – und verdienen Respekt statt Neid. Wenn Politiker Erfolg zur moralischen Schuld erklärt, wandern Talente, Ideen und Kapital ab. Das Ergebnis daraus ist wie für Populismus so üblich genau das Gegenteil. Wer mit höheren Steuern Gerechtigkeit verspricht, macht am Ende alle ärmer und zerstört die Freiheit, sich selbst etwas aufzubauen.

Freiheit statt Umverteilung

Wahrer Fortschritt entsteht, wenn Leistung sich lohnt. Statt Umverteilung und Enteignungsfantasien brauchen wir Bildung, Eigenverantwortung und weniger Staat. Deutschland braucht wieder eine Politik, die Leistung belohnt und Freiheit schützt. Deshalb müssen wir als Junge Liberale entschlossen für mehr Markt und weniger Staat eintreten.

Für eine Zukunft, in der Leistung sich lohnt und Freiheit kein Privileg ist!



TEXT: JAMIE HASSELBERG (17)
ist seit Ende 2024 Mitglied der Julis und engagiert sich aktiv in der Kommunalpolitik in Buchholz. Seine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wirtschaft, Migration und Generationengerechtigkeit. Er ist erreichbar unter **jamie.hasselberg@gmx.de**.

Reisebericht: PERU

Im Oktober reiste eine JuLi-Delegation nach Lima (Peru), wo wir gemeinsam mit JULAC, dem Dachverband junger Liberaler in Lateinamerika, ein interkulturelles Seminar organisiert haben. In Gesprächen mit der Deutschen Botschaft, der Deutsch-Peruanischen Industrie- und Handelskammer (AHK Peru) sowie der International Labor Organization Office für die Andenländer sowie dem Regionalbüro für Lateinamerika und Karibik diskutierten wir über Entwicklungszusammenarbeit, Export- und Wirtschaftsbeziehungen sowie Schaffung besserer Arbeitsbedingungen. Trotz vergleichsweise stabiler Wirtschaft bremst die anhaltende politische Instabilität das enorme Potential Perus. Mit Javier Albàn, Projektkoordinator von der Friedrich-Naumann-Stiftung ordneten wir Perus politische Geschichte und Gegenwart ein; Natalia Rodríguez, Generalsekretärin von Libertad Popular Juventudes, berichtete vom Aufstieg der liberalen Partei und den Grassroot Erfahrungen. Von Luis Villasana, Peru-Koordinator von Vente Venezuela, hielt ein starkes Plädoyer für Hoffnung, Resilienz und liberalen Freiheitsrechten weltweit. In einer Open-Space-Session hielten wir zum Abschluss fest, wie wir künftig besser voneinander lernen und enger zusammenarbeiten können.

Im Anschluss nahmen wir am Kongress unseres internationalen Dachverbands IFLRY teil – und brachten erfolgreich einen Antrag zu Frauenrechten ein.

TEXT: LINA BRAUN (17)
Vizepräsidentin von IFLRY und Leiterin für Südarmika im internationalen Komitee der Julis.

Der **letzte Republikaner?**

Buchrezension: **Romney – A Reckoning**

„Wenige Persönlichkeiten der US-Politik sahen mehr und sagten weniger als Mitt Romney", heißt es, frei übersetzt, im Klappentext von McKay Coppins' Biografie Romney – A Reckoning. Nach der Lektüre des Bestsellers aus dem Jahr 2023 drängt sich unweigerlich die Frage auf, warum dieser Mann, der so unendlich viel zu erzählen hat, so lange so wenig sagte. Durch Coppins, der nicht nur aberdutzende Interviews mit Romney und dessen Weggefährten geführt, sondern offenkundig auch einen unbegrenzten Zugang zu Romneys Unterlagen, Korrespondenzen und Tagebüchern erhalten hat, scheint er nun aber kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen.

Akribisch zeichnet Coppins den Weg eines streitbaren Außenseiters nach, der es, mit Fleiß und einiger Hilfe des Schicksals bis nach ganz nach oben schafft, nur um in den letzten Zügen seiner Karriere zum Paria zu werden. Als junger mormonischer Missionar war Romney ein Fremder im eigenen Land. Höflich, fromm, ehrgeizig, aber außerhalb des kulturellen Mainstreams. Später wurde er zum Inbegriff des Establishments: Unternehmensberater bei der Boston Consulting Group, Gründer von Bain Capital, Multi-Multi-Multimillionär, Gouverneur, republikanischer Präsidentschaftskandidat. Und schließlich, keine vier Jahre nach seiner Niederlage gegen Obama, Donald Trumps hartnäckigster Gegner in der eigenen Partei.

Obwohl Romney keinerlei redaktionelle Mitsprache im Entstehungsprozess innehatte, ist Coppins Werk ein sehr persönliches Portrait. So zieht sich beispielsweise der lange Schatten George Romneys, Mitts Vater und einst selbst ein presedential hopeful, zudem Gouverneur von Michigan, über die knapp 330 Seiten. George bleibt für Mitt stets moralische Instanz und Leitfigur, auch lange nach dessen Tod. Wie sein Vater sollte Mitt am Ende vor allem an der eigenen Partei verzweifeln. Als der Trumpismus die Grand Old Party übernahm, wiederholte sich Geschichte. Mitt Romney stellte, wie einst George, zumindest ganz am Ende Prinzipien über Karriere, Integrität über Macht. Und fand sich, nur wenige Jahre, nachdem er Leit- und Identifikationsfigur seiner Partei gewesen war, dort wieder, wo er zumindest gefühlt ohnehin sein Leben lang war: außen vor.

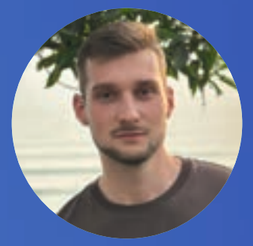
Mitt Romney ist dabei alles andere als ein strahlender Held, er bleibt ein streitbarer Charakter voller Graustufen, dessen Prinzipien immer wieder, zumindest temporär, hinter karrieristischen oder materiellen Versuchungen zurückbleiben, um in der Regel doch die Überhand zu gewinnen. Die Abenteuer Romneys, die häufig etwas knapp geschildert werden, sind dabei mannigfaltig: Missionarstätigkeiten in Frankreich, drei Verhaftungen als junger Mann, die Liebe zu seiner Frau Ann, die Rettung der Olympischen Winterspiele 2002 in Salt Lake City und natürlich die Präsidentschaftskampagne 2012, die bereits von einem Trump'schen Vorbeben begleitet wird. Dazu kommen Auftritte auf Black-Lives-Matter-Demonstrationen, die dem Mr 47 Percent wohl kaum jemand zugetraut hätte, und natürlich der Sturm auf das Kapitol vom 6. Januar 2021, wobei Romney um sein Leben fürchten musste, um nur einige zu nennen.

Erfrischend sind die zahlreichen Seitenhiebe Romneys, die in erster Linie seine ehemaligen Mitstreiter zu spüren bekommen. Eine Aufzählung der Namen liest sich wie ein Who-Is-Who des republikanischen Duckmäusertums.

Neben ungezählten anderen erwischt es Ted Cruz, Newt Gingrich, John Kasich, Chris Christie, Ron DeSantis, Josh Hawley und natürlich immer wieder Donald Trump. Am zielsichersten hat es wohl Trumps ersten Vizepräsidenten, den erzkonservativen und zumindest tiefreligiösen Mike Pence, getroffen, über den Romney urteilt: „Niemand war loyaler, niemand war bereitwilliger zu lächeln, wenn er Absurditäten erblickte, niemand war eher geneigt, den Willen Gottes in Dingen zu erkennen, die alles andere als gottgefällig waren."

Viele dieser Kommentare sind durchaus, dem Titel des Buches entsprechend, als Abrechnung zu verstehen. Wobei bemerkt sei, dass sich „Reckoning" weniger auf Romneys ehemalige Weggefährten und Kontrahenten bezieht, vielmehr legt er Rechenschaft über eigene Verfehlungen ab.

McKay Coppins schildert die Karrieren und das Innenleben Romneys so nahbar und zugleich schonungslos offen, dass man glauben könnte, Romney habe es einerseits selbst geschrieben und andererseits niemals für die Öffentlichkeit bestimmt. „Romney – A Reckoning" packt, unterhält und lässt den Leser dennoch erschaudern, dem - besonders im Endteil des Buches - immer klarer wird, dass die Vereinigten Staaten von Amerika heute von Leuten regiert werden, für die Anstand überhaupt keine Kategorie mehr ist.



TEXT: SÖREN HENSCHEL (24)
studiert International Economics an der Universität Bologna und ist Bundesarbeitskreisleiter für Europa, Internationales und Verteidigung. Ihr erreicht ihn unter **soeren.henschel@julis.de**.

BUCHANGABEN
Autor: McKay Coppins
Titel: Romney: A Reckoning
Verlag: Scribner Book Company
Seiten: 416
ISBN: 978-1982196202

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Pascal Schejnoha (schejnoha@julis.de)

AutorInnen: Luan Bahtijari, Amir Benjamin Balde, Andrey Belkin, Lilly Bergemann, Lina Braun, Maximilian Gerecht, Hannes Grabia, Carl Gruner, Jamie Hasselberg, Sören Henschel, Leon Reimund, Dennis Schad, Julian Schuster, Pascal Teuke, Sara-Jane Zagorac

Auflage: 11.000 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.
Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an schejnoha@julis.de.

Bildnachweise
© JuLis/privat, Berlin
Illustrationen und Fotos:
Adobe Stock, Unsplash.com, OpenAI

Dieses Magazin wird gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

WIR SIND DIE
FAIR-GEGENÜBER-
JUGENDLICHEN-
VERSICHERUNG.
Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.
Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle
PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung